



Informationen zu den Finanzhilfen des Bundes und der Länder für Unternehmen aus Hamburg und Schleswig-Holstein

Stand: 7. Dezember 2021

Inhalt

Hilfen für Unternehmen beider Bundesländer	1
Staatliche Lohnfortzahlungen bei angeordneter Quarantäne	1
Beratungskostenzuschuss für das Einrichten von Homeoffice	1
Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung (ALG II) bis Ende 2021	1
Verordnung über Erleichterungen der Kurzarbeit (KugV)	1
Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“	2
KfW-Corona-Hilfen: Kredite für Unternehmen	3
KfW Sonderprogramm 2020	3
KfW Schnellkredit 2020.....	4
Überbrückungskredite durch Hilfen der Bürgschaftsbanken	4
Drittes Corona-Steuerhilfegesetz	5
Überbrückungshilfe III Plus [07.12.2021]	5
Neustarthilfe Plus [07.12.2021]	8
Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen	12
Sonderfonds des Bundes für Messen und Ausstellungen	13
Hilfen für Unternehmen in Hamburg.....	15
Hamburger Corona Härtefallhilfe (HCH) [07.12.2021]	15
Corona Recovery Fonds für innovative Startups und wachstumsorientierte kleine Mittelständler (CRF)	16
Hamburger Stabilisierungs-Fonds (HSF)	17
Darlehnsprogramme	18
Hamburg-Kredit Liquidität (HKL).....	18
Der IFB-Förderkredit Kultur Fördermodul Corona	19
Der IFB-Förderkredit Sport Fördermodul Corona	20
Weitere finanzielle Unterstützungen	21
Bürgschaften (BG)	21
Landesbürgschaften	21
Hamburg Digital	21
Gegebenenfalls relevant für KMU	22
Hamburg-Kredit Mikro	22
Hamburg-Kredit Gründung und Nachfolge (GuN)	24
Hamburg-Kredit Wachstum	24
Brücken in Ausbildung	24
Steuerliche Entlastungsmaßnahmen der Finanzbehörde.....	25
Hilfen für Unternehmen in Schleswig-Holstein	26
Härtehilfen in Schleswig-Holstein [07.12.2021]	26
Förderung der dualen Ausbildung – Richtlinie	27
Sonder-Beteiligungsprogramm S-H	27
Landesprogramm Wirtschaft - Digibonus I S-H	28

MBG Härtefallfonds Mittelstand (Beteiligungsprogramm).....	30
Sonder-Darlehensprogramm gemeinnützige Organisationen S-H	31
Bürgschaften der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein	31
Unterstützungsangebote durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH).....	32
IB.SH Mittelstandssicherungsfonds	32
IB.SH Härtefallfonds Mittelstand	33
Weitere Finanzierungs- und Förderangebote der IB.SH	35
Steuerliche Hilfen für betroffene Unternehmen.....	35

Anmerkung: Änderungen zur letzten Version sind mit dem aktuellen Datum des Standes der Informationen versehen.

Hilfen für Unternehmen beider Bundesländer

Staatliche Lohnfortzahlungen bei angeordneter Quarantäne

Liegt eine behördlich angeordnete Quarantäne vor besteht grundsätzlich ein öffentlich-rechtlicher Entschädigungsanspruch. Der Entschädigungsanspruch gilt auch für Selbstständige und freiberuflich Tätige. Der Verdienstaufschlag bemisst sich hier nach dem Steuerbescheid des Vorjahres. Arbeitgeber beantragen die Erstattung nach dem Infektionsschutzgesetz beim Landesamt für soziale Dienste. Erfolgt eine Quarantäne als Vorsichtsmaßnahme durch den Arbeitgeber, besteht dieser Erstattungsanspruch nach dem Infektionsschutzgesetz nicht.

Antrag für Verdienstaufschlagsentschädigung:

- Für Unternehmen aus Schleswig-Holstein [hier](#)
- Für Unternehmen aus Hamburg sind die jeweiligen Bezirksämter zuständig, sowie für den Bereich Hafen und Flughafen die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz. Ein FAQ mit den wichtigsten Informationen [hier](#)

Beratungskostenzuschuss für das Einrichten von Homeoffice

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Handwerksbetriebe können bei der kurzfristigen Einrichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen finanzielle Unterstützung durch das „go-digital“-Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) erhalten. Es werden bis zu 50 Prozent der Kosten erstattet, die durch eine Beratung eines vom BMWi autorisierten Beratungsunternehmens aufkommen.

Die Förderung in Anspruch nehmen können rechtlich selbstständige Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Handwerks mit technologischem Potenzial mit weniger als 100 Beschäftigten und einem Vorjahresumsatz oder einer Vorjahresbilanz von höchstens 20 Mio. Euro. Bei einem maximalen Beratertagesatz von 1.100 Euro beträgt der Förderumfang maximal 30 Tage.

[Weitere Informationen](#)

Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung (ALG II) bis Ende 2021

Durch den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung (ALG II) sollen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie abgefedert werden. Die Regelungen des durch das Sozialschutzpaket eingeführten Gesetzes § 67 SGB II namens „Vereinfachtes Verfahren für den Zugang zu sozialer Sicherung aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2; Verordnungsermächtigung“ sehen dabei die folgenden Maßnahmen vor:

- Wegfall der Vermögensprüfung
- Wegfall der Prüfung der Angemessenheit der Wohnverhältnisse
- Automatische Weiterbewilligung der Leistungen durch ALG II

Eigentlich sollten diese Sonderregelungen nun auslaufen: Laut Gesetz sollten die Vermögens- und Wohnungsprüfungen ab dem 30. September 2020 wieder regulär stattfinden, die automatische Weiterbewilligung sollte bereits am 31. August 2020 geendet haben. Nun hat die Bundesregierung jedoch beschlossen die Maßnahmen zum vereinfachten Zugang zur Grundsicherung zu verlängern – bis Dezember 2021. Außerdem sollen Kleinunternehmer und Selbstständige sowie Kunstschaffende der Zugang zur Grundsicherung erleichtert werden. Die Koalition plant dazu großzügigere Schonvermögensfreigrenzen.

(FAQ zur Grundsicherung durch Arbeitslosengeld II [hier](#))

(Antragsformulare für ALG II [hier](#))

(Erklärvideo „Antrag auf Arbeitslosengeld II ausfüllen“ [hier](#))

Verordnung über Erleichterungen der Kurzarbeit (KugV)

Die Regelungen der Kurzarbeitergeldverordnung sollen für die Unternehmen und Beschäftigten, die von der COVID-19-Pandemie und ihren Folgen betroffen sind, eine beschäftigungssichernde Brücke in das Jahr 2022 bauen und Planungssicherheit geben. Die Verordnung trat mit Wirkung vom 1. März 2020 in Kraft und ist bis Ende 2021 befristet. Sie ist durch drei Änderungsverordnungen angepasst worden, zuletzt am 23. Juni 2021.

Maßnahmen:

1. Aktuell: Erleichterter Zugang zur Kurzarbeit und vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge werden verlängert:

Für Unternehmen und Beschäftigte ist die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie mit vielen Unsicherheiten behaftet. Mit der 3. Änderungsverordnung wurde der Zugang zu den bis Ende 2021 geltenden Zugangserleichterungen zum Kurzarbeitergeld und der vollständigen Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge um drei Monate bis zum 30. September 2021 erweitert, um für die betroffenen Betriebe und deren Beschäftigten klare Perspektiven zu schaffen. Sollten Betriebe nach einer Unterbrechung der Kurzarbeit von drei Monaten oder mehr ab Juli 2021 wieder oder erstmals pandemiebedingt von Arbeitsausfall oder pandemiebedingten Schließungen betroffen sein, stünde ihnen der erleichterte Zugang zur Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes nicht mehr zur Verfügung.

2. Vereinfachte Regelungen für die Gewährung von Kurzarbeitergeld:

Die Kurzarbeitergeldverordnung regelt insbesondere die Zugangserleichterungen für die Gewährung des Kurzarbeitergeldes:

- Verzicht auf den Aufbau von negativen Arbeitssalden.
- Das Mindestfordernis, wonach mindestens ein Drittel der Beschäftigten von Arbeitsausfall betroffen sein müssen, wird auf 10 Prozent abgesenkt.
- Es besteht die Möglichkeit, auch Leiharbeiternehmer*innen Kurzarbeitergeld zu zahlen, wenn der Verleihbetrieb ebenfalls Kurzarbeit eingeführt hat.

Diese Regelungen gelten bis zum 31. Dezember 2021 für Betriebe, die bis zum 30. September 2021 Kurzarbeit einführen. Sie verfolgen alle den Zweck, während der COVID-19-Pandemie den Zugang zur Kurzarbeit und zur Zahlung von Kurzarbeitergeld für Beschäftigte und Betriebe zu erleichtern oder im Falle der Leiharbeit Kurzarbeit überhaupt zu ermöglichen.

3. Erstattung von Beiträgen zur Sozialversicherung:

Dem Arbeitgeber werden die von ihm während des Bezugs von Kurzarbeitergeld allein zu tragenden Beiträge zur Sozialversicherung auf Antrag von der Bundesagentur für Arbeit in pauschalisierter Form erstattet, wenn der Betrieb bis zum 30. September 2021 Kurzarbeit eingeführt hat.

Die Erstattungen gelten für Arbeitsausfälle vom 1. Januar bis zum 30. September 2021 in voller Höhe und für Arbeitsausfälle vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 50 Prozent.

[Weitere Informationen](#)

(Informationen der BA für Arbeitgeber [hier](#))

(Erklärvideos zur Beantragung von Kurzarbeitergeld [hier](#))

(FAQ – Fragen und Antworten zu Kurzarbeit und Qualifizierung [hier](#))

Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“

Die Corona-Krise erschwert es vielen Ausbildungsbetrieben, weiterhin junge Menschen als Fachkräfte von morgen auszubilden. Daher können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Ausbildungsprämie oder andere Förderungen aus dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ beantragen.

Förderziel

Das Förderprogramm richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die von der Corona-Krise betroffen sind. Es hat diese Ziele:

- Ausbildungsplätze erhalten (Ausbildungsprämie)
- zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen (Ausbildungsprämie plus)
- Kurzarbeit für Auszubildende vermeiden (Zuschuss zur Ausbildungsvergütung)
- Übernahme bei Insolvenzen fördern (Übernahmeprämie) – unabhängig von der Beschäftigtenzahl

Förderbedingungen

Für die Förderung kommen KMU infrage, die wie folgt ausbilden:

- in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen,
- in Ausbildungsberufen nach dem Pflegeberufe-, Krankenpflege- und/ oder Altenpflegegesetz oder
- in den praxisintegrierten Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen, die bundes- und landesrechtlich geregelt sind.

Hinweis: Als KMU gelten Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten. Dabei wird die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten zum Stichtag 29. Februar 2020 zugrunde gelegt. Übernahmeprämien können auch Unternehmen mit mehr als 249 Beschäftigten erhalten.

Einschränkungen

Unternehmen können nur eine Prämie pro Ausbildungsvertrag erhalten. Sie können die Förderungen aus dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ nicht mit Förderungen auf anderen rechtlichen Grundlagen oder nach anderen Programmen des Bundes oder der Länder kombinieren, die die gleiche Zielrichtung oder den gleichen Inhalt haben.

Förderantrag stellen

- Unternehmen müssen die Förderung bei ihrer zuständigen Agentur für Arbeit beantragen. Zusätzlich zum Antrag benötigen Sie eine Bescheinigung der zuständigen Stelle für den Ausbildungsberuf (nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung oder dem Seearbeitsgesetz). Meist sind das die Kammern, zum Beispiel die Industrie- und Handelskammern oder die Handwerkskammern.
- Bei anderen förderfähigen Berufen müssen Sie den Ausbildungsvertrag beilegen. Näheres dazu ist im jeweiligen Antrag zu finden.
- Außerdem müssen Sie eine De-minimis-Erklärung abgeben.

Wichtig: Es sind die jeweiligen Upload-Services zu nutzen, um die Unterlagen an die Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln. Eine Einsendung per E-Mail ist datenschutzrechtlich nicht sicher. Alternativ können die Unterlagen per Post an die jeweils [zuständige Agentur für Arbeit](#) geschickt werden.

Kontakte

Der Arbeitgeber-Service der BA unterstützt gerne bei Fragen zu den unterschiedlichen Förderungsmöglichkeiten für die Betriebe.

Telefonisch zu erreichen unter 0800 4 555520 (gebührenfrei) oder per [Kontaktformular](#).

(FAQ & weitere Informationen der BA [hier](#))

(FAQ & weitere Informationen des BMBF [hier](#))

KfW-Corona-Hilfen: Kredite für Unternehmen

KfW Sonderprogramm 2020

Über die Hausbank oder einen anderen Finanzierungspartner kann das sehr zinsgünstige Sonderprogramm 2020 der KfW beantragt werden, bei denen die Förderbank des Bundes den Hausbanken bis zu 90 Prozent des Risikos abnimmt.

Eckdaten KfW Sonderprogramm:

- **KfW-Sonderprogramm für junge und etablierte Unternehmen** (zu beantragen bei den Hausbanken):
 - o Für kleine, mittelständische und große Unternehmen
 - o Wird umgesetzt durch die Unterprogramme KfW-Unternehmerkredit (037/047) und ERP-Gründerkredit - Universell (073/074/075/076)
 - o Nochmal verbesserte Risikoübernahme bei Krediten. Ganz wichtig, für KMUs können umfangreich die jetzt so wichtigen Betriebsmittel mit 90% Haftungsfreistellung (gegenüber Banken und Sparkassen) finanziert werden. Für größere Unternehmen mit

80% Haftungsfreistellung. Vor der Corona-Krise lagen die Haftungsfreistellungen bei max. 50%, bzw. gar keine für Betriebsmittel. Investitionen werden ebenfalls mitfinanziert.

- o Voraussetzung für die Haftungsfreistellung ist mindestens eine Unternehmenshistorie mit aussagefähigen Jahresabschlussunterlagen von zwei Geschäftsjahren
- o Zinsverbesserungen: zwischen 1% und 1,46% p.a. für kleine und mittlere Unternehmen, sowie zwischen 2% und 2,12% p.a. für größere Unternehmen Extreme Verschlankung der Antragsprozesse: Für Kredite bis 3 Mio. Euro pro Unternehmen verzichtet die KfW auf eigene Risikoprüfung. Risikoprüfung erfolgt nur durch die Hausbank, um Prozesse zu beschleunigen. Kredite bis 10 Mio. EUR mit vereinfachter Prüfung, einzureichende Nachweise sehr einfach gehalten
- o Beschränkung der Entnahmen bzw. von Gewinnausschüttungen
- o Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist für alle Antragsberechtigten, dass sie am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO waren.

- **KfW-Konsortialfinanzierung:**

- o Wird umgesetzt durch das KfW Sonderprogramm „Direktbeteiligung für Konsortialfinanzierung“ (855).; individuelle Finanzierungsstrukturen
- o Für Mittelständische und Großunternehmen
- o KfW beteiligt sich an größeren Finanzierungen (ab einem KfW-Risikoanteil von 25 Mio. Euro) anderer Finanzierungspartner zu deren Konditionen.
- o Die KfW übernimmt bis zu 80% der Risiken des Vorhabens, diese umfangreiche Risikoübernahme erleichtert den Liquiditätszugang von Unternehmen.
- o Beschränkung der Entnahmen bzw. von Gewinnausschüttungen
- o Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist für alle Antragsberechtigten, dass sie am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO waren.

KfW Schnellkredit 2020

Für Anschaffungen (Investitionen) und laufende Kosten (Betriebsmittel) können Unternehmen seitdem 15.04.2020 den KfW-Schnellkredit 2020 beantragen. Der Kredit wird zu 100 % abgesichert durch die KfW, die wiederum eine 100 % Garantie des Bundes erhalten hat. Das erhöht Ihre Chance deutlich, eine Kreditzusage zu erhalten.

Das Wichtigste:

- Förderkredit für Anschaffungen und laufende Kosten
- für Unternehmen, die mindestens seit Januar 2019 am Markt sind
- 100 % Risikoübernahme durch die KfW
- keine Risikoprüfung durch Ihre Bank, jedoch keine Negativmerkmale einer Auskunft für die wirtschaftlich handelnden Personen
- Max. Kreditbetrag: bis zu 25 % des Jahresumsatzes 2019
 - o Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten erhalten max. 300.000 Euro
 - o Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten erhalten max. 500.000 Euro
 - o Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten erhalten max. 800.000 Euro
- Bis zu 10 Jahre Zeit für die Rückzahlung, 2 Jahre keine Tilgung
- 3,00 % Einheitszinssatz
- Beschränkung der Entnahmen bzw. von Gewinnausschüttungen
- Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist für alle Antragsberechtigten, dass sie am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO waren.

[Weitere Information](#)

Überbrückungskredite durch Hilfen der Bürgschaftsbanken

Sofern infolge der Corona-Krise zur Überbrückung Kredite notwendig werden, können die Bürgschaftsbanken diese in Verbindung mit einer Hausbankfinanzierung grundsätzlich besichern. Dazu gilt eine neue Bürgschaftsobergrenze von 2,5 Millionen Euro und eine Ausweitung der Fördermöglichkeiten für Betriebsmittelkredite. Eine kostenlose Anfrage für ein Finanzierungsvorhaben kann über das Finanzierungsportal der Bürgschaftsbanken gestellt werden. [Weitere Informationen](#)

Drittes Corona-Steuerhilfegesetz

Am 9. Februar 2021 beschloss das Kabinett den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (sog. „Drittes Corona-Steuerhilfegesetz“).

Dabei soll die aufgrund der Corona-Pandemie geschwächte Kaufkraft gestärkt werden. Unternehmen werden zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Erholung mit gezielten Maßnahmen unterstützt. Mit der Verbesserung der Möglichkeiten der Verlustverrechnung werden zusätzliche Investitionsanreize gesetzt. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Erholung der besonders betroffenen Gastronomie nach Beendigung der derzeit notwendigen Schließungen unterstützt. Mit der befristeten Verlängerung der Anwendbarkeit des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen werden Unternehmen der Gastronomiebranche zur Bewältigung der Krisenfolgen deshalb steuerlich entlastet.

Zusammenfassung der steuerlichen Maßnahmen:

- Die Gewährung des ermäßigten Umsatzsteuersatz in Höhe von 7 Prozent für erbrachte Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken wird über den 30. Juni 2021 hinaus befristet bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.
- Für jedes im Jahr 2021 kindergeldberechtigte Kind wird ein Kinderbonus von 150 Euro gewährt.
- Der steuerliche Verlustrücktrag wird für die Jahre 2020 und 2021 nochmals erweitert und auf 10 Mio. Euro bzw. 20 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung) angehoben. Dies gilt auch für die Betragsgrenzen beim vorläufigen Verlustrücktrag für 2020. [Weitere Informationen](#)

Überbrückungshilfe III Plus [07.12.2021]

Mit der Überbrückungshilfe III Plus unterstützt die Bundesregierung weiterhin Unternehmen, Soloselbstständige und Freiberufler aller Branchen mit einem Jahresumsatz bis zu 750 Millionen Euro im Jahr 2020 (Grenze entfällt für von Schließungsanordnungen auf Grundlage eines Bund-Länder-Beschlusses direkt betroffene Unternehmen sowie Unternehmen der Pyrotechnikbranche, des Großhandels und der Reisebranche). Die Bedingungen entsprechen denjenigen der Überbrückungshilfe III. Neu ist eine „Restart-Prämie“, die denjenigen Unternehmen eine Personalkostenhilfe bietet, die im Zuge der Wiedereröffnung Personal schneller aus der Kurzarbeit zurückholen, neu einstellen oder anderweitig die Beschäftigung erhöhen. Die Restart-Prämie kann alternativ zur Personalkostenpauschale beantragt werden. Besonders von der Pandemie betroffene Unternehmen wie die Reisebranche oder die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft können zusätzliche Förderungen beantragen. Bei Erstantragstellung werden Abschlagszahlungen in Höhe von 50 Prozent der beantragten Förderung gewährt (maximal 100.000 Euro pro Monat bzw. insgesamt bis zu 300.000 Euro).

NEU:

- Die Bundesregierung hat angekündigt, für Unternehmen die ÜBH III Plus als ÜBH IV für den Förderzeitraum Januar bis Ende März 2022 fortzuführen. Grundsätzlich bleiben die Zugangsvoraussetzungen der ÜBH III Plus bestehen. Antragsberechtigt sind weiterhin Unternehmen, die Corona-bedingten Umsatzrückgang von min. 30% im Vergleich zum Referenzmonat 2019 nachweisen können. Sie bekommen umfassend ihre Betriebskosten erstattet. Unternehmen, die Umsatzausfälle von mehr als 70% nachweisen können, bekommen in der ÜBH IV zukünftig bis zu 90% ihrer Fixkosten erstattet.
- Für Aussteller auf Weihnachtsmärkten, die von der aktuellen Situation besonders betroffen sind, werden erweiterte Möglichkeiten geschaffen. Im Rahmen der neuen ÜBH IV wird ihnen der Zugang zum Eigenkapitalzuschuss erleichtert: Es muss nur für einen Monat ein relevanter Umsatzrückgang nachgewiesen werden. Bereits jetzt können Aussteller auf Weihnachtsmärkten die ÜBH III Plus erhalten – für sie besonders relevant ist die Abschreibung auf verderbliche Waren und Saisonware.
- Die Antragsfrist für Erst- und Änderungsanträge wurde bis zum 31. März 2022 verlängert.

Was ändert sich bei den verlängerten Überbrückungshilfe III Plus im Oktober bis Dezember:

- Erweiterter Förderzeitraum: 1. Oktober bis 31. Dezember 2021

- „Restart-Prämie“: entfällt. Für die Monate Oktober bis Dezember 2021 kann nur noch die allgemeine Personalkostenpauschale (20 Prozent der erstattungsfähigen Fixkosten) beantragt werden.
- Anpassung der branchenspezifischen Sonderregelungen:
 - o Für die Reisebranche entfällt die Wahlmöglichkeit zur Restart-Prämie, aber die Anschubhilfe (20 Prozent der Lohnsumme im jeweiligen Referenzmonat 2019) wird fortgeführt.
 - o Für die Veranstaltungs- und Kulturbranche entfällt die Wahlmöglichkeit zur Restart-Prämie, aber die Erstattung der Ausfall- und Vorbereitungskosten für geschäftliche Aktivitäten im Zeitraum Januar bis August und die Anschubhilfe (20 Prozent der Lohnsumme im jeweiligen Referenzmonat 2019) werden fortgeführt.

Wer kann die Förderung beantragen?

Unternehmen, Soloselbständige, und Freiberufler bis zu einem Jahresumsatz von 750 Millionen Euro im Jahr 2020 sowie Start-ups, die bis zum 31. Oktober 2020 gegründet wurden, gemeinnützige Unternehmen, kirchliche Unternehmen und Organisationen aus allen Branchen. Die Umsatzhöchstgrenze von 750 Millionen Euro entfällt für von Schließungsanordnungen auf Grundlage eines Bund-Länder-Beschlusses direkt betroffene Unternehmen sowie für Unternehmen der Pyrotechnikbranche, des Großhandels und der Reisebranche.

Voraussetzung sind Corona-bedingte Umsatzeinbrüche von mindestens 30 Prozent in jedem Monat im Zeitraum Juli bis Dezember 2021, für den der Fixkostenzuschuss beantragt wird. Maßgeblich für den Vergleich ist der Referenzmonat im Jahr 2019. Für Unternehmen, die zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 31. Oktober 2020 gegründet wurden und in begründeten Fällen bei außergewöhnlichen betrieblichen Umständen, gelten besondere Vorschriften.

Unternehmen, die im Juni 2021 für die Überbrückungshilfe III antragsberechtigt waren und im Juli 2021 von Starkregen und Hochwasser betroffen waren, können ebenfalls Überbrückungshilfe III Plus beantragen.

Was und wie wird gefördert?

Mit der Überbrückungshilfe werden betriebliche Fixkosten bezuschusst. Der maximale Förderbetrag beträgt auch bei der Überbrückungshilfe III Plus 10 Millionen Euro pro Monat. Bei Einhaltung aller beihilferechtlichen Vorgaben können in der Überbrückungshilfe III und Überbrückungshilfe III Plus insgesamt maximal bis zu 52 Millionen Euro gefördert werden.

Weitere Infos dazu [hier](#).

Neu im Vergleich zur Überbrückungshilfe III sind die „Restart-Prämie“ für die Fördermonate Juli bis September 2021 und die Erstattung von Gerichtskosten für die Restrukturierung von Unternehmen in einer drohenden Zahlungsunfähigkeit mit bis zu 20.000 Euro pro Monat. Die „Restart-Prämie“ ist eine Personalkostenhilfe, die Unternehmen unterstützen soll, die im Zuge der Wiedereröffnung Personal aus der Kurzarbeit zurückholen, neu einstellen oder anderweitig die Beschäftigung erhöhen. Sie erhalten einen Zuschuss auf die Differenz zwischen den tatsächlichen Personalkosten in den Fördermonaten Juli bis September 2021 und den Personalkosten im Mai 2021. Der Zuschuss beträgt 60 Prozent der Personalkostendifferenz im Juli, 40 Prozent im August und 20 Prozent im September.

Erstattet werden weiterhin:

- bis zu 100 Prozent der förderfähigen Fixkosten bei mehr als 70 Prozent Umsatzeinbruch
- bis zu 60 Prozent der förderfähigen Fixkosten bei 50 Prozent bis 70 Prozent Umsatzeinbruch
- bis zu 40 Prozent der förderfähigen Fixkosten bei mindestens 30 Prozent Umsatzeinbruch (Umsatzeinbruch jeweils im Vergleich zum entsprechenden Monat des Jahres 2019). Junge Unternehmen können andere Vergleichsumsätze heranziehen.

***Beispiel 1:** Ein Restaurant ist geschlossen, die Umsatzeinbußen liegen trotz Außerhausverkauf bei über 70 Prozent. Die monatlichen erstattungsfähigen Fixkosten von 10.000 Euro werden zu 100 Prozent*

erstattet. Der Betrieb hat im Juli und August 2021 20.000 Euro in bauliche Hygienemaßnahmen investiert – diese werden ebenfalls zu 100 Prozent erstattet.

Beispiel 2: Eine Einzelhändlerin oder ein Einzelhändler mit Saisonware wie Sommermode hat 80 Prozent Umsatzausfall. Ein Teil der Ware wurde stark preisreduziert online verkauft, ein Teil komplett abgeschrieben. Wertverlust: 20.000 Euro. Davon werden 100 Prozent (also der vollständige Wertverlust von 20.000) erstattet.

Eigenkapitalzuschuss (zusätzlich zu Fixkostenerstattung):

Für Unternehmen, Soloselbständige und selbständige Angehörige der Freien Berufe im Haupterwerb mit einem monatlichen Umsatzeinbruch von mindestens 50 Prozent innerhalb des Zeitraums von November 2020 bis Dezember 2021 werden folgende Aufschläge auf die Überbrückungshilfe III Plus im jeweiligen Monat des Erreichens der Schwelle gewährt:

- 25 Prozent auf die Summe der [Fixkostenerstattung nach Nr. 1 bis 11](#) bei einem Umsatzrückgang von mindestens 50 Prozent in drei Monaten,
- 35 Prozent auf die Summe der [Fixkostenerstattung nach Nr. 1 bis 11](#) bei einem Umsatzrückgang von mindestens 50 Prozent in vier Monaten,
- 40 Prozent auf die Summe der [Fixkostenerstattung nach Nr. 1 bis 11](#) bei einem Umsatzrückgang von mindestens 50 Prozent in fünf oder mehr Monaten.

Die entsprechenden Monate müssen nicht unmittelbar aufeinander folgen. Es werden nur Monate berücksichtigt, für die Überbrückungshilfe III und Überbrückungshilfe III Plus beantragt wurde. Bei Unternehmen, die November- und/oder Dezemberhilfe erhalten, wird im jeweiligen Monat November und/oder Dezember ein Umsatzrückgang von 50 Prozent angenommen.

Zusätzliche Regelungen für besonders betroffene Branchen:

- [Reisebranche](#): Sie können Provisionen, eine allgemeine Personalkostenpauschale, externe Ausfall- und Vorbereitungskosten für bestimmte Reisen im Zeitraum Januar bis September 2021 sowie (für die Fördermonate Juli bis September alternativ zur Restart-Prämie) eine Anschubhilfe von 20 Prozent der im Referenzmonat 2019 angefallenen Lohnsumme für jeden Fördermonat (maximal 2 Millionen Euro im Rahmen der Überbrückungshilfe III und Überbrückungshilfe III Plus) beantragen.
- [Kultur- und Veranstaltungsbranche](#): Sie können interne projektbezogene und externe Ausfall- und Vorbereitungskosten im Zeitraum Januar bis August 2021 bei Corona-bedingten Absagen beantragen. Auch eine Anschubhilfe von bis zu 20 Prozent der im Referenzmonat 2019 angefallenen Lohnsumme für jeden Fördermonat (maximal 2 Millionen Euro im Rahmen der Überbrückungshilfe III und Überbrückungshilfe III Plus) kann weiterhin (für die Fördermonate Juli bis September alternativ zur neuen „Restart-Prämie“) veranschlagt werden.
- Hersteller, Groß- und Einzelhändler und professionelle Verwender: Fortführung der [Sonderregelung](#) zu Abschreibungen von Warenbeständen. Wertverluste aus verderblicher Ware und Saisonware, die wegen des Lockdowns nicht abgesetzt werden konnte, können als förderfähige Fixkosten geltend gemacht werden.

Die Antragsstellung:

Der Antrag kann nur über eine Steuerberaterin oder einen Steuerberater, eine Wirtschaftsprüferin oder einen Wirtschaftsprüfer, eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt sowie über vereidigte Buchprüferinnen und Buchprüfer bis 31. März 2022 gestellt werden. Antragstellende, deren Antrag auf Überbrückungshilfe III Plus bereits bewilligt oder teilbewilligt wurde, können über prüfende Dritte einen Änderungsantrag auf Überbrückungshilfe III Plus für die Monate Oktober bis Dezember 2021 bis 31. März 2022 stellen. Die Kosten werden bezuschusst.

Alle Infos zum Registrierungs- und Anmeldeverfahren für prüfende Dritte sind [hier](#) zu finden.

Auch Soloselbständige können bei der Überbrückungshilfe III Plus Anträge auf Fixkostenzuschüsse für den Zeitraum Juli bis Dezember 2021 durch prüfende Dritte stellen. Alternativ können Soloselbständige im Rahmen der sogenannten Neustarthilfe eine einmalige Betriebskostenpauschale in Höhe von bis zu 4.500 Euro (beziehungsweise bis zu 18.000 Euro als Mehr-Personen-Kapitalgesellschaft) als Vorschuss

erhalten (erhöhter Vorschuss). Die Betriebskostenpauschale („[Neustarthilfe Plus](#)“) für Soloselbstständige kann direkt beantragt werden.

Wird eine Abschlagszahlung gezahlt?

Bei der Überbrückungshilfe III Plus werden bei Erstantragstellung Abschlagszahlungen in Höhe von 50 Prozent der beantragten Förderung gewährt (maximal 100.000 Euro pro Monat bzw. insgesamt bis zu 600.000 Euro).

Kann die Überbrückungshilfe III Plus beantragt werden, wenn vorher schon andere Hilfen beansprucht wurden?

Unternehmen und Soloselbstständige, die bereits einen Antrag auf Neustarthilfe Plus gestellt haben, können keinen Antrag auf Überbrückungshilfe III Plus stellen. Wenn die Überbrückungshilfe III Plus beantragt wurde, kann nach Beantragung zur Neustarthilfe Plus gewechselt werden. Denn in manchen Fällen (zum Beispiel bei sehr geringen Fixkosten) kann die Neustarthilfe Plus vorteilhafter sein. Umgekehrt wird Soloselbstständigen, die nach Beantragung der Neustarthilfe feststellen, dass sie bspw. wegen Corona-bedingter Investitionen in die Digitalisierung einen höheren Zuschuss über die Überbrückungshilfe III Plus erhalten könnten, die Gelegenheit gegeben, zur Überbrückungshilfe III Plus zu wechseln. [Weitere Information](#)

(FAQ zur Überbrückungshilfe III Plus [hier](#))

Neustarthilfe Plus [07.12.2021]

Die Bundesregierung hat die Neustarthilfe erweitert: Mit dem neuen Programm Neustarthilfe Plus werden weiterhin Soloselbstständige, Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, unständig Beschäftigte sowie kurz befristete Beschäftigte in den Darstellenden Künsten bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie unterstützt. Dazu wurde der Vorschuss (Betriebskostenpauschale) auf maximal 4.500 Euro pro Monat für Soloselbstständige und Ein-Personen-Kapitalgesellschaften und auf bis zu 18.000 Euro für Mehr-Personen-Kapitalgesellschaften und Genossenschaften erhöht.

NEU:

- Für die von der Corona-Pandemie betroffenen Soloselbstständigen wurde der Förderzeitraum der Neustarthilfe Plus auf die Fördermonate Januar bis Ende März 2022 erweitert. Soloselbstständige können weiterhin pro Monat bis zu 1.500 Euro an direkten Zuschüssen erhalten, insgesamt also für diesen Zeitraum bis zu 4.500 Euro.
- Die Antragsfrist der Neustarthilfe Plus für den Zeitraum Juli bis September 2021 wurde bis zum 31. März 2022 verlängert.
- Seit 12. November können auch prüfende Dritte Änderungsanträge zu bewilligten oder teilbewilligten Anträgen der Neustarthilfe Plus im Förderzeitraum Juli bis September stellen.

Was ändert sich im Vergleich zur Neustarthilfe? Änderungen und Erweiterungen auf einen Blick:

- Förderzeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2021 in zwei Phasen: Juli bis September und Oktober bis Dezember (jeweils drei- statt sechsmonatiger Referenzumsatz)
- Erhöhung des Vorschusses (Betriebskostenpauschale) auf bis zu 4.500 Euro für Juli bis September bzw. Oktober bis Dezember 2021 (beziehungsweise bis zu 18.000 Euro für Mehr-Personen-Kapitalgesellschaften und Genossenschaften)

Wer kann die Förderung beantragen?

Folgende Gruppen können die Neustarthilfe Plus beantragen:

1. Soloselbstständige mit oder ohne Personengesellschaften,
2. Kapitalgesellschaften mit einer Gesellschafterin oder einem Gesellschafter (Ein-Personen-Kapitalgesellschaften),
3. Kapitalgesellschaften mit mehreren Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern (Mehr-Personen-Kapitalgesellschaften),
4. Genossenschaften sowie
5. Sonderfall: kurz befristete Beschäftigte in den Darstellenden Künsten und unständig Beschäftigte.

Damit die Neustarthilfe Plus beantragt werden kann, muss der Antragssteller:

- selbständig tätig sein, also freiberuflich arbeiten oder ein Gewerbe betreiben (ggf. inklusive der anteiligen selbständigen Einkünfte aus einer Personengesellschaft),
- seine Selbständigkeit im Haupterwerb ausüben, d.h. hieraus mindestens 51 Prozent seiner Einkünfte beziehen,
- höchstens eine Teilzeitkraft beschäftigen,
- bei einem deutschen Finanzamt gemeldet sein,
- die Überbrückungshilfe III Plus nicht in Anspruch genommen haben und
- schon vor dem 1. November 2020 selbständig tätig gewesen sein.

Beispiel 1 (Soloselbständiger im Haupterwerb mit Einkünften aus nicht-selbständiger Tätigkeit): Herr Müller ist Musiker. Er ist selbständig als Musiklehrer tätig und gleichzeitig Angestellter eines Gitarrengeschäfts. Herr Müller kann den Antrag auf Neustarthilfe Plus in eigenem Namen als natürliche Person stellen, sofern mindestens 51 Prozent seiner Einkünfte aus seiner selbständigen Tätigkeit resultieren. Für die Berechnung der Neustarthilfe Plus werden die Umsätze aus seiner freiberuflichen Musiklehrertätigkeit sowie die Einnahmen aus seinem Angestelltenverhältnis berücksichtigt.

Beispiel 1a (Soloselbständiger im Haupterwerb mit Einkünften aus nicht-selbständiger Tätigkeit und mit anteiligen Einkünften aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft): Musiker Müller aus Beispiel 1 erzielt zusätzlich noch Einnahmen über eine Band, die als GbR organisiert ist. Ihm steht ein Viertel der Gewinne dieser Band zu. Bei seinem Antrag kann er seit Mitte März auch ein Viertel des GbR-Umsatzes angeben, der dann – neben den bereits genannten Einkünften – bei der Berechnung der Neustarthilfe Plus berücksichtigt wird.

Für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften gibt es darüber hinaus weitere spezifische Bedingungen.

I. Spezifische Bedingungen für Kapitalgesellschaften mit einer Gesellschafterin oder einem Gesellschafter (Ein-Personen-Kapitalgesellschaften):

Für die Ein-Personen-Kapitalgesellschaft gilt, dass die Kapitalgesellschaft zusätzlich zu den oben beschriebenen Bedingungen für eine Antragsberechtigung

- den überwiegenden Teil ihrer Umsätze (mindestens 51 Prozent) aus Tätigkeiten erzielt, die bei einer natürlichen Person als freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit gelten würde,
- zu 100 Prozent von ihrer Gesellschafterin oder ihrem Gesellschafter gehalten wird und
- die Gesellschafterin oder der Gesellschafter mindestens 20 Stunden pro Woche für die Gesellschaft arbeitet.

II. Spezifische Bedingungen für Kapitalgesellschaften mit mehreren Gesellschaftern (Mehr-Personen-Kapitalgesellschaft):

Eine Mehr-Personen-Kapitalgesellschaft ist antragsberechtigt, wenn sie (zusätzlich zu den oben beschriebenen Bedingungen)

- den überwiegenden Teil ihrer Umsätze (mindestens 51 Prozent) aus Tätigkeiten erzielt, die bei einer natürlichen Person als freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit gelten würde und
- von einer ihrer Gesellschafterinnen/einem ihrer Gesellschafter zu mindestens 25 Prozent gehalten wird und diese Gesellschafterin/dieser Gesellschafter mindestens 20 Stunden pro Woche für die Gesellschaft arbeitet.

Beispiel 2 (Kapitalgesellschaft mit mehreren Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern): Herr Schmidt, Frau Peter und Frau Singer haben zusammen eine GmbH, die Fotografie-Dienstleistungen anbietet. Frau Peter hält 50 Prozent der Anteile an der GmbH und arbeitet 39 Stunden pro Woche für die GmbH. Herr Schmidt hält 25 Prozent der Anteile und arbeitet 15 Stunden pro Woche für die GmbH. Frau Singer hält 25 Prozent der Anteile und arbeitet 25 Stunden pro Woche für die GmbH.

Die GmbH ist antragsberechtigt, weil zwei Gesellschafterinnen mindestens 25 Prozent der Anteile halten und zugleich jeweils mehr als 20 Stunden pro Woche. Bei der Berechnung der maximalen Förderung der GmbH werden Frau Peter und Frau Singer, aber nicht Herr Schmidt berücksichtigt, weil Herr Schmidt nicht mindestens 20 Stunden pro Woche für die GmbH arbeitet. Der maximale Förderbetrag von 4.500 Euro wird also mit dem Faktor zwei multipliziert. Die GmbH kann maximal 18.000 Euro Neustarthilfe Plus erhalten.

III. Spezifische Bedingungen Genossenschaften:

Eine Genossenschaft ist antragsberechtigt, wenn sie (zusätzlich zu den oben beschriebenen Bedingungen):

- den überwiegenden Teil ihrer Umsätze (mind. 51 Prozent) aus Tätigkeiten erzielt, die bei einer natürlichen Person als freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit gelten würde,
- mindestens ein Mitglied mindestens 20 vertraglich vereinbarte Arbeitsstunden pro Woche für die Genossenschaft arbeitet und
- sie höchstens eine Teilzeitkraft beschäftigt (Nicht-Mitglieder; beschäftigte Mitglieder zählen hierbei nicht), und insgesamt weniger als zehn Vollzeitangestellte (Nicht-Mitglieder und Mitglieder) hat.

Beispiel 3 (Genossenschaft mit mehreren Mitgliedern): Herr Frau Peter, Frau Schmidt, Herr Meyer, Herr Müller und Herr Schulze sind Mitglieder einer eigen-tragenen Genossenschaft (eG), die eine Zeitung herausbringt. Frau Peter und Frau Schmidt arbeiten beide auf Vollzeitbasis (40 Stunden pro Woche) für die eG. Herr Schulze, Herr Meyer und Herr Müller arbeiten jeweils 15 Stunden pro Woche für die eG. Die eG hat zudem einen Teilzeitmitarbeiter angestellt (< 40 Stunden pro Woche). Die eG kann als juristische Person einen Antrag auf Neustarthilfe Plus stellen. Die eG ist antragsberechtigt, weil zwei Mitglieder (Frau Peter und Frau Schmidt) jeweils mindestens 20 Stunden pro Woche für die eG arbeiten, die eG weniger als einen Vollzeitangestellten hat, der kein Mitglied ist, und die eG insgesamt weniger als 10 Vollzeitangestellte (Mitglieder und Nicht-Mitglieder) hat. Die Neustarthilfe Plus wird von der eG beantragt und an diese ausgezahlt.

IV. Sonderfall: kurz befristete Beschäftigungen in den Darstellenden Künsten sowie unständig Beschäftigte:

Künstlerinnen und Künstler, die nur kurzfristige Engagements und kurz befristete Verträge haben, sind in einer ähnlichen Situation wie Soloselbständige. Denn mit dem Lockdown sind ihre potenziellen Arbeitgeber wie z.B. Theater und Bühnen geschlossen. Deshalb können auch sie bei kurz befristeten Beschäftigungsverhältnissen (bis zu 14 Wochen) in den Darstellenden Künsten (d.h. Tätigkeiten entsprechend [der Klassifikation der Berufe der Bundesagentur für Arbeit](#) unter Nr. 94 - „Darstellende und unterhaltende Berufe“ - oder unter Nr. 8234 - „Berufe in der Maskenbildnerei“) Neustarthilfe Plus beantragen (siehe [FAQ](#)).

Auch Personen mit unständigen Beschäftigungsverhältnissen (weniger als eine Woche) aller Branchen können Neustarthilfe Plus beantragen.

Voraussetzung hierfür ist in beiden Fällen: Die Antragstellenden haben für Juli 2021 kein Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld bezogen.

Was und wie wird gefördert?

Förderzeitraum für die Neustarthilfe Plus ist Juli bis September 2021. Die Neustarthilfe Plus beträgt einmalig 50 Prozent eines dreimonatigen Referenzumsatzes (Sonderregelungen gelten bei geringen Umsätzen oder Einkünften in 2019 durch außergewöhnliche Umstände wie beispielsweise Unterbrechungen der Tätigkeit aufgrund Pflegezeit, Krankheit oder Elternzeit oder für Fälle, in denen die Geschäftstätigkeit zwar vor dem 1. November 2020, aber erst nach dem 1. Januar 2019 aufgenommen wurde, siehe hierzu FAQ 3.3, 6.2 und 6.3). Als Neustarthilfe Plus ausgezahlt werden maximal 4.500 Euro für Soloselbständige und Ein-Personen-Kapitalgesellschaften und maximal 18.000 Euro für Mehr-Personen-Kapitalgesellschaften und Genossenschaften.

Sind die Antragsvoraussetzungen erfüllt, wird die Neustarthilfe Plus zunächst als Vorschuss ausgezahlt. Erst nach Ablauf des Förderzeitraums wird die Höhe der Neustarthilfe Plus genau berechnet – und zwar auf Grundlage des endgültig realisierten Umsatzes der Monate Juli bis September 2021. Details zur Endabrechnung werden auf <https://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de> zur Verfügung gestellt.

Beispiel 4 (Berechnung Neustarthilfe Plus): Herr Schmidt ist Soloselbständiger und beantragt Neustarthilfe Plus. 2019 verdiente er 24.000 Euro. Als dreimonatiger Referenzumsatz (entspricht dreifachem seines durchschnittlichem Monatsumsatzes in 2019) gelten somit 6.000 Euro. Davon beträgt die Neustarthilfe Plus 50 Prozent, also 3.000 Euro.

Generell gilt: Der Vorschuss kann in voller Höhe behalten werden, wenn die Umsatzeinbußen 60 Prozent und mehr ausfielen. Wenn der Umsatz im Förderzeitraum um weniger als 60 Prozent gesunken ist, muss ein Teil des Vorschusses zurückgezahlt werden, so dass Neustarthilfe Plus und Umsatz im Förderzeitraum 90 Prozent des Referenzumsatzes nicht überschreiten. Erst wenn der Umsatzeinbruch weniger als zehn Prozent beträgt (d.h. Umsatz im Förderzeitraum entspricht mehr als 90 Prozent des Referenzumsatzes), muss der gesamte Vorschuss zurückgezahlt werden.

Weitere Hinweise zur Berechnungsmethode und zur Erstellung der Endrechnung sind in den FAQ [3.4](#) und [4.8](#) zu finden.

Beispiel 5 (Berechnung Neustarthilfe Plus und Rückzahlung): Frau Wagner ist selbständige Yogalehrerin. Sie hat im Jahr 2019 20.000 Euro verdient, der dreimonatige Referenzumsatz beträgt damit 5.000 Euro. Sie kann nach Beantragung der Neustarthilfe Plus einen Vorschuss in Höhe von 2.500 Euro erhalten.

Wenn sie im Förderzeitraum Juli bis September 2021 Umsätze von 40 Prozent oder weniger des Referenzumsatzes (d.h. 2.000 Euro oder weniger) erzielt, kann sie den Vorschuss von 2.500 Euro in voller Höhe behalten; anderenfalls muss sie die Neustarthilfe Plus (anteilig) zurückzahlen.

Wenn sie im Förderzeitraum Juli bis September 2021 bspw. Umsätze von 70 Prozent des Referenzumsatzes (d.h. 3.500 Euro) verdient, muss sie 1.500 Euro der als Vorschuss erhaltenen Neustarthilfe Plus zurückzahlen.

Verdient sie 90 Prozent des Referenzumsatzes (d.h. 4.500 Euro) oder mehr, dann muss sie die gesamte Neustarthilfe Plus zurückzahlen.

Wie wird der Antrag gestellt?

Natürliche Personen (Soloselbständige mit und ohne Personengesellschaften, kurz befristet Beschäftigte in den Darstellenden Künsten sowie unständig Beschäftigte) können den Antrag direkt unter direktantrag.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de (unter Nutzung des [ELSTER Zertifikats](#)) bis zum 31. März 2022 (verlängert) stellen.

Natürliche Person haben außerdem das Wahlrecht, den Antrag auf Neustarthilfe Plus mithilfe einer oder eines prüfenden Dritten (ebenfalls bis zum 31. März 2022) zu stellen, z. B. einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts oder einer Steuerberaterin oder eines Steuerberaters.

Wenn die Tätigkeit hingegen über eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft ausgeübt und hierfür Neustarthilfe Plus beantragt werden soll, ist es verpflichtend, den Antrag über eine prüfende Dritte oder einen prüfenden Dritten bis zum 31. März 2022 zu stellen. Der oder die prüfende Dritte prüft vor Antragstellung die Plausibilität der Angaben und berät bei Fragen zu den Antragsvoraussetzungen und zum Antragsverfahren.

Besteht ein erheblicher Änderungsbedarf im Antrag, können Direktantragstellende und prüfende Dritte im digitalen Antragssystem einen Änderungsantrag stellen. Direktantragstellende oder prüfende Dritte können ebenfalls eine Korrektur der Kontoverbindung für das dritte Quartal vornehmen. Für das vierte Quartal (Oktober bis Dezember 2021) ist dies aktuell noch nicht möglich. Hinweise zum Stellen von Änderungsanträgen sind [hier](#) zu finden.

Was ist mit der November- und Dezemberhilfe, der Überbrückungshilfe II sowie der Überbrückungshilfe III?

Der dreimonatige Förderzeitraum der Neustarthilfe Plus (Juli bis September bzw. Oktober bis Dezember 2021) überschneidet sich nicht mit dem der Überbrückungshilfe II (September bis Dezember 2020) oder der November- oder Dezemberhilfe (November bzw. Dezember 2020). Die Neustarthilfe Plus kann somit zusätzlich zu diesen Hilfen beantragt werden.

Die Neustarthilfe Plus kann nicht zusätzlich zur Überbrückungshilfe III Plus beantragt werden. Wenn die Neustarthilfe Plus beantragt wurde, kann aber nach der Beantragung zur Überbrückungshilfe III Plus gewechselt werden. Denn in manchen Fällen kann die Überbrückungshilfe III Plus auch für

Soloselbständige (und alle weiteren Antragsberechtigten der Neustarthilfe Plus) mit geringen oder keinen Fixkosten vorteilhafter sein. Umgekehrt soll Soloselbständigen, die nach Beantragung der Überbrückungshilfe III Plus feststellen, dass sie bei geringen Fixkosten über die Überbrückungshilfe III Plus weniger Zuschuss als bei der Neustarthilfe Plus erhalten, die Gelegenheit gegeben werden, zur Neustarthilfe Plus zu wechseln. [Weitere Informationen](#)

(FAQ zur Neustarthilfe Plus [hier](#))

(Direktantrag für natürliche Personen [hier](#))

Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen

Der Sonderfonds besteht aus zwei Modulen: kleinere und mittelgroße Veranstaltungen erhalten einen Zuschuss auf ihre Ticketeinnahmen, damit sie auch mit verringerter Teilnehmerzahl stattfinden können („Wirtschaftlichkeitshilfe“). Größere Veranstaltungen erhalten eine Absicherung gegen Corona-bedingte Absagen („Ausfallabsicherung“).

1. Wirtschaftlichkeitshilfe

Um Kulturveranstaltungen auch mit weniger Teilnehmenden – aufgrund von notwendigen Hygienemaßnahmen und Abstandsregeln – wieder wirtschaftlich möglich zu machen, bietet der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen eine Wirtschaftlichkeitshilfe an.

1.1 Antragsberechtigung:

Die Wirtschaftlichkeitshilfe fördert ab dem 1. Juli 2021 Kulturveranstaltungen, die unter Beachtung Corona-bedingter Hygienebestimmungen bis zu 500 Teilnehmende empfangen können. Ab dem 1. August 2021 werden auch Veranstaltungen gefördert, die unter Beachtung Corona-bedingter Hygienebestimmungen bis zu 2.000 Teilnehmende empfangen können.

1.2 Höhe der Förderung:

Mit der Wirtschaftlichkeitshilfe werden Verluste ausgeglichen. Bei pandemie-bedingter Verringerung der möglichen Anzahl der Teilnehmenden um mindestens 20 Prozent verdoppelt die Wirtschaftlichkeitshilfe die Einnahmen aus den ersten 1.000 verkauften Tickets. Wenn besonders strenge Infektionsschutzauflagen die mögliche Teilnehmerzahl um mehr als 75 Prozent reduzieren (z.B., wenn nur jeder fünfte Platz angeboten werden darf), verdreifacht die Wirtschaftlichkeitshilfe die Ticketeinnahmen aus den ersten 1.000 verkauften Tickets. Die maximale Förderung durch die Wirtschaftlichkeitshilfe bemisst sich an der Finanzierungslücke zwischen veranstaltungsbezogenen Kosten (zuzüglich einer Durchführungspauschale von 10 Prozent dieser Kosten) und den erzielten Einnahmen. Die Wirtschaftlichkeitshilfe ist bei 100.000 Euro pro Veranstaltung gedeckelt. Spezielle Regelungen bzw. Obergrenzen gelten für Veranstaltungen, die regulär am selben Veranstaltungsort wiederholt stattfinden (bspw. Kinofilmvorführungen oder Musicals).

Beispiel: Für eine Veranstaltung am 1. Juli verkauft eine Veranstalterin oder Veranstalter 400 Tickets, zu je 50 Euro. Die Corona-bedingte Kapazitätsgrenze beträgt 500 Personen (normalerweise wären 1.500 möglich). Die Wirtschaftlichkeitshilfe würde dann 20.000 Euro betragen (entspricht einer Verdopplung der Ticketeinnahmen: 400×50 Euro), sofern die Förderhöchstgrenze nicht erreicht wird.

Wann die Förderhöchstgrenze erreicht ist, hängt von den Kosten der Veranstaltung ab. Angenommen die Kosten der beschriebenen Veranstaltung betragen lediglich 30.000 Euro, so würde sich die Förderhöchstgrenze auf 13.000 Euro belaufen: Die veranstaltungsbezogenen Kosten von 30.000 Euro zuzüglich einer Durchführungspauschale in Höhe von 10 Prozent beliefen sich auf 33.000 Euro. Aus dem Ticketverkauf wurden 20.000 Euro erzielt. Die Finanzierungslücke beträgt also 13.000 Euro, was die maximale Förderung darstellt.

1.3 Antragsstellung:

Ein Antrag auf Wirtschaftlichkeitshilfe kann nach der Veranstaltung über die IT-Plattform gestellt werden. Vor der Veranstaltung muss diese jedoch bereits auf der Plattform registriert werden. Im Rahmen der Registrierung sind der Charakter als Kulturveranstaltung sowie die Corona-bedingte Kapazitätsreduktion nachzuweisen (z.B. durch Hygienekonzept oder Eindämmungsverordnung). Damit die Antragstellung und Bearbeitung effizient erfolgt, können auch mehrere Veranstaltungen in einem Antrag gebündelt werden.

1.4 Optionale Ausfallabsicherung für kleinere Veranstaltungen:

Für den Fall, dass wegen der Verschärfung der öffentlichen Pandemiebestimmungen eine für die Wirtschaftlichkeitshilfe registrierte Veranstaltung nicht stattfinden kann, werden Veranstalterinnen und Veranstalter anteilig für 80 Prozent nachgewiesener, veranstaltungsbezogener Ausfallkosten entschädigt. Hierzu muss die Veranstalterin oder der Veranstalter bei Registrierung der Veranstaltung eine Kostenkalkulation eingereicht haben.

2. Ausfallabsicherung

Größere Veranstaltungen erfordern eine intensive Planung und Logistik, haben deshalb eine lange Vorlaufzeit und benötigen entsprechende Planungssicherheit. In Zeiten der Pandemie ist diese langfristige Planung sehr schwierig. Gleichzeitig ist bei großen Veranstaltungen das finanzielle Risiko einer Absage oder Verschiebung für Veranstalterinnen und Veranstalter erheblich. Deshalb bietet der Sonderfonds des Bundes eine Ausfallabsicherung für Veranstaltungen ab möglichen 2.000 Teilnehmenden (unter Corona-Bedingungen) an. Die Ausfallabsicherung soll eine Planung von größeren Veranstaltungen ermöglichen und übernimmt deshalb 80 Prozent der Ausfall- oder Verschiebungskosten, falls eine geplante Veranstaltung pandemiebedingt, nicht oder erst später stattfinden kann.

2.1 Antragsberechtigung:

Die Ausfallabsicherung sichert Kulturveranstaltungen, die mehr als 2.000 Gäste empfangen können, ab dem 1. September 2021 gegen das Risiko einer Corona-bedingten Absage, Teilabsage oder Verschiebung ab.

2.2 Höhe:

Im Falle einer pandemiebedingten Absage, Teilabsage oder einer Verschiebung übernimmt die Ausfallabsicherung maximal 80 Prozent der dadurch entstandenen veranstaltungsbezogenen Kosten. Die maximale Entschädigungssumme beträgt 8 Millionen Euro pro Veranstaltung. Sofern vorhanden, werden die erzielten veranstaltungsbezogenen Einnahmen von den Ausfallkosten abgezogen.

2.3 Förderfähige Kosten:

Ähnlich wie bei der durch die Bundesregierung angebotene Überbrückungshilfe gibt es eine feste [Liste an förderfähigen Kosten](#). Förderfähig sind zum Beispiel Betriebskosten, Kosten für Personal, Anmietung, Wareneinsätze, Künstlergagen, beauftragte Dienstleisterinnen und Dienstleister etc. Kosten können auch dann geltend gemacht werden, wenn sie vor der Antragstellung angefallen sind.

2.4 Registrierung für die Ausfallabsicherung:

Die Veranstalterinnen und Veranstalter registrieren die Veranstaltung vor der geplanten Durchführung und legen dabei auch eine durch einen prüfenden Dritten (z.B. Steuerberaterin oder Steuerberater) überprüfte Kostenkalkulation sowie ein geeignetes Hygienekonzept vor. Muss die Veranstaltung Corona-bedingt abgesagt, verkleinert oder verschoben werden, kann die Förderung beantragt werden. Die konkreten Verluste und entstandenen Kosten werden dabei von den Veranstalterinnen und Veranstaltern nachgewiesen und von prüfenden Dritten bestätigt. Die Veranstalterinnen und Veranstalter verpflichten sich zu einem kostenminimierenden Verhalten. [Weitere Informationen](#)

Kontakte:

Service-Hotline 0800 6648430

service@sonderfonds-kulturveranstaltungen.de

(Weitere Details in den FAQ [hier](#))

Sonderfonds des Bundes für Messen und Ausstellungen

Mit einem Sonderfonds sichern Bund und Länder die Vorbereitungskosten von Messen und Ausstellungen gegen das Risiko einer Corona-bedingten Veranstaltungsabsage ab. Damit sollen Anreize zur Planung und Durchführung von Messen und Ausstellungen gesetzt werden. Denn die Vorbereitung der Veranstaltungen ist mit kostenintensiven Investitionen über einen langen Zeitraum verbunden. Nur wenn Messen und Ausstellungen geplant und organisiert werden, können damit

verbundene Aufträge in der verbundenen Dienstleistungswirtschaft ausgelöst werden. Der Sonderfonds ist daher nicht nur für Veranstalterinnen und Veranstalter, sondern für die gesamte Messewirtschaft eine wichtige Ergänzung zu den bestehenden Hilfen der Bundesregierung, der Länder und der Kommunen.

Der Rahmen der Absicherung

Messen und Ausstellungen erfordern eine intensive Planung und Logistik, haben deshalb eine lange Vorlaufzeit und benötigen entsprechende Planungssicherheit. In Zeiten der Pandemie ist diese langfristige Planung sehr schwierig. Gleichzeitig ist bei großen Veranstaltungen das finanzielle Risiko einer kurzfristigen Absage erheblich. Da das Risiko einer behördlichen Veranstaltungsuntersagung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gegenwärtig nicht versicherbar ist, wird über den Sonderfonds eine Ausfallabsicherung für Messen und Ausstellungen angeboten. Die Absicherung soll eine Planung von größeren Veranstaltungen ermöglichen und übernimmt deshalb bei erfolgter Registrierung 80 Prozent der Ausfallkosten, falls eine geplante Messe oder Ausstellung pandemiebedingt nicht stattfinden kann.

Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind private und öffentliche Unternehmen, die als Veranstalter Messen oder Ausstellungen in Deutschland organisieren und durchführen. Die Absicherung deckt das Risiko einer Corona-bedingten Veranstaltungsabsage ab. Grund für die Absage muss eine behördliche Untersagung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sein. Das Risiko einer Verschiebung oder Teilabsage (im Sinne einer Kapazitätsreduzierung) ist aus beihilferechtlichen Gründen von der Absicherung nicht umfasst.

Höhe

Im Falle einer pandemiebedingten Absage übernimmt die Absicherung maximal 80 Prozent der dadurch entstandenen veranstaltungsbezogenen Kosten. Die maximale Entschädigungssumme beträgt 8 Millionen Euro pro Veranstaltung. Sofern vorhanden, werden die erzielten veranstaltungsbezogenen Einnahmen sowie etwaige Versicherungsleistungen und Förderungen von den Ausfallkosten abgezogen.

Abgedeckte Kosten

Ähnlich wie bei der durch die Bundesregierung angebotenen Überbrückungshilfe gibt es eine feste Liste der berücksichtigungsfähigen Kosten. Abgedeckt von der Absicherung sind zum Beispiel Betriebskosten, Kosten für Personal, Anmietung, Wareneinsätze, beauftragte Dienstleisterinnen und Dienstleister etc. Kosten können auch dann geltend gemacht werden, wenn sie vor der Registrierung oder Antragstellung angefallen sind.

Registrierung und Beantragung der Ausfallabsicherung

Das veranstaltende Unternehmen registriert die Veranstaltung vor der geplanten Durchführung und legt dabei auch eine durch einen prüfenden Dritten (z.B. Steuerberaterin oder Steuerberater) überprüfte Kostenkalkulation sowie grundsätzlich den behördlichen Festsetzungsbescheid vor. Eine Registrierung der Veranstaltung ist möglich, solange das maximale Absicherungsvolumen des Sonderfonds in Höhe von 600 Mio. Euro durch vorherige Registrierungen noch nicht ausgeschöpft wurde. Muss die Veranstaltung Corona-bedingt abgesagt werden, kann die Auszahlung der Absicherung beantragt werden. Die konkreten Verluste und entstandenen Kosten werden dabei vom veranstaltenden Unternehmen nachgewiesen und von prüfenden Dritten bestätigt. Das veranstaltende Unternehmen verpflichtet sich zu einem kostenminimierenden Verhalten.

Fristen

Um von der Absicherung zu profitieren, müssen Messen und Ausstellungen spätestens zwei Wochen vor ihrer geplanten Durchführung registriert werden. Eine Registrierung kann bis spätestens 28. Februar 2022 vorgenommen werden. Berücksichtigungsfähig sind Messen und Ausstellungen, deren planmäßiges Durchführungsdatum im Zeitraum bis zum 30. September 2022 liegt. Die Antragstellung auf Auszahlung der Absicherung muss innerhalb von drei Monaten nach dem planmäßigen Durchführungsdatum der Messe oder Ausstellung, spätestens jedoch bis zum 15. November 2022 vorgenommen werden.

[Weitere Informationen](#)

Hilfen für Unternehmen in Hamburg

Einen Überblick über landesspezifische Unterstützungsangebote für Unternehmen in Hamburg finden Sie neben den in dieser Übersicht aufgeführten Informationen u.a. auf den Websites der [Landesregierung](#), der [IFB Hamburg](#) und der [HK Hamburg](#).

Hamburger Corona Härtefallhilfe (HCH) [07.12.2021]

Die Härtefallhilfen des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg richten sich an Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, bei denen die bestehenden Corona-bedingten Wirtschaftshilfen bisher nicht greifen konnten. Die Härtefallhilfe als Ergänzungsfazilität zu den bisherigen Hilfsprogrammen bietet auf Grundlage von Einzelfallprüfungen die Möglichkeit zur Förderung von Antragstellenden, die außerordentliche und Pandemie-bedingte Belastungen zu tragen haben, welche absehbar die wirtschaftliche Existenz bedrohen. Dies wird maßgeblich am Umsatzeinbruch und Liquiditätsengpass festgemacht.

Weiterführende Informationen sind auf den jeweiligen unten ausgewiesenen Internetseiten sowie in den dazugehörigen Fragenkatalogen zu finden.

NEU:

- Die Härtehilfe wird bis Ende März 2022 verlängert.

Wer wird gefördert?

Für die Härtefallhilfe grundsätzlich antragsberechtigt sind Unternehmen (Einzelunternehmen und Unternehmensverbände) sowie Soloselbstständige und soloselbstständige Angehörige der Freien Berufe aller Branchen, die eine pandemiebedingte besondere Härte erleiden.

Ferner muss der Antragstellende zum Zeitpunkt der Antragstellung und Auszahlung der Härtefallhilfe bei einem Hamburger Finanzamt ertragsteuerlich geführt werden und seine Geschäftstätigkeit grundsätzlich vor dem 1. November 2020 bzw. vor dem 1. Januar 2021 (nur Direktantragsteller) aufgenommen haben.

Soloselbstständige und soloselbstständige Angehörige der Freien Berufe müssen ihre Tätigkeit im Hauptberuf ausüben (Ausnahmen sind in den [FAQ](#) unter Punkt 2.2 zu finden).

Abweichend davon sind folgende Antragstellenden explizit nicht antragsberechtigt (Ausschlusskriterien):

- Unternehmen, mit mehr als 750 Mio. Euro weltweitem Jahresumsatz in 2020.
- Öffentliche Unternehmen.
- Antragstellende, die sich bereits zum 31. Dezember 2019 in (wirtschaftlichen) Schwierigkeiten befunden haben und diesen Status danach nicht wieder überwunden haben.
- Antragstellende, die ihre Geschäftstätigkeit dauerhaft eingestellt oder zum Zeitpunkt der Antragsstellung ein nationales Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet haben.

Was wird gefördert?

Die Härtefallhilfe wird als einmalige Fördersumme ausbezahlt. Basis dafür ist grundsätzlich der Umsatzeinbruch im Förderzeitraum (1. November 2020 bis 31. Dezember 2021 im Vergleich zum durchschnittlichen Umsatz im Vergleichszeitraum 2019 (Referenzumsatz)).

In begründeten Einzelfällen können Antragstellende zur Bemessung des Referenzumsatzes, einen alternativen Vergleichszeitraum zugrunde legen. Damit wird Antragstellenden geholfen, die im Vergleichszeitraum nur außerordentlich niedrige oder (noch) keine Umsätze verzeichnen konnten.

Wie hoch ist die Förderung?

Antrag durch Prüfende Dritte:

- Die Bemessung der Höhe der Härtefallhilfe erfolgt analog zur Überbrückungshilfe III. Zusätzlich dazu erstattet die Härtefallhilfe bei einem Umsatzeinbruch zwischen $\geq 15\%$ und $< 30\%$ im Fördermonat im Vergleich zum Vergleichszeitraum 30% der förderfähigen Fixkosten.
- Die Höhe der Zuwendung im Förderzeitraum ist im Regelfall auf 100.000 Euro begrenzt.
- Eine Abschlagszahlung ist nicht vorgesehen.

Das Antragsverfahren:

Der Antrag ist ausschließlich digital zu stellen und wird dann der zuständigen Bewilligungsstelle zugeordnet. Es kann nur ein einmaliger Antrag auf Härtefallhilfe gestellt werden, nachträgliche Änderungen sind nicht möglich. Wurde bereits ein Antrag für die Hamburger Corona Härtefallhilfe gestellt, so ist eine weitere Antragstellung für die Monate bis Dezember 2021 möglich. Im Fall eines bereits gestellten Direktantrags kann ein weiterer Antrag über einen prüfenden Dritten ausschließlich für die Monate Oktober bis Dezember 2021 gestellt werden.

Nach der Antragsstellung können im Rahmen der Einzelfallprüfung noch weitere Auskünfte oder Unterlagen abgefragt werden.

Antrag durch Prüfende Dritte:

- Anträge können nur durch Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer oder steuerberatende Rechtsanwälte (Prüfende Dritte) gestellt werden.
- Falls Antragstellende noch keinen Prüfenden Dritten beauftragt haben, können sie diesen unter u.a. hier finden:
 - o Steuerberater-Suchdienst
 - o Berufsregister für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer
 - o Steuerberater-Suchservice des Deutschen Steuerberaterverbandes e.V. (DStV)
 - o Rechtsanwalts-Register

Dem Antrag sind zwingend die folgenden Dokumente beizufügen:

- Liquiditätsplanung
- Berechnungshilfe für die Fördersumme
- GuV / BWA / EÜR monatlich ab Januar 2019, bei Bedarf auch für 2018
- Summen- und Saldenliste zum Aufsatzzeitpunkt der Liquiditätsplanung
- Erklärung der Antragstellenden
- Ggfs. weitere Dokumente gem. entsprechendem Abschnitt der FAQ zu den erforderlichen Angaben / Unterlagen

Die Dokumente können in Form einer PDF bei Antragstellung über das Bundesportal eingereicht, oder alternativ an das Postfach haertefallhilfen@ifbhh.de gesendet werden.

Für Prüfende Dritte können Anträge über das bereits bekannte [Bundesportal](#) gestellt werden.

Nach positiver Prüfung wird der Bescheid dem Antragstellenden online zur Verfügung gestellt. Die Auszahlung erfolgt erst nach Erstellung des Bescheids durch die IFB Hamburg.

Weitere Informationen

Weiterführende Informationen zu spezifischen Themen und Fragestellungen, u.a. zur Antragsberechtigung und deren Ausschlusskriterien, sind unter den folgenden Links zu finden. Außerdem sind hier Unterlagen zu finden, die auszufüllen und mit dem Antrag als PDF im Portal hochzuladen sind:

- [Förderrichtlinie für die Hamburger Corona Härtefallhilfe](#)
- [Fragenkatalog für Prüfenden Dritte](#)
- [Liquiditätsplanung \(bei Antragstellung über Prüfende Dritte\)](#)
- [Berechnungshilfe für die Fördersumme \(bei Antragstellung über Prüfende Dritte\)](#)
- [Erklärung der Antragstellenden](#)

(Weitere Informationen und Antragsformulare sind [hier](#) im Downloadbereich zu finden)

Corona Recovery Fonds für innovative Startups und wachstumsorientierte kleine Mittelständler (CRF)

Der Corona Recovery Fonds (CRF) bietet Risikokapitalfinanzierungen für innovative Startups und wachstumsorientierte, kleine Mittelständler, die infolge der Corona-Krise in Schwierigkeiten geraten sind. Aus Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg und des Bundes stellt der CRF verschiedene Finanzierungsinstrumente bereit, um den Unternehmen das Überleben in der Krise und vor allem den erfolgreichen Neustart zu ermöglichen.

Wer wird gefördert?

Gefördert werden innovative Startups und wachstumsorientierte kleine Mittelständler mit Sitz oder wesentlicher Betriebsstätte in Hamburg. Hierzu zählen

- technologisch innovative Startups,
- junge, innovative Unternehmen mit nicht-technologischen Produkt-, Dienstleistungs-, Prozess- und Geschäftsmodellinnovationen und
- sonstige wachstumsorientierte kleine Mittelständler bis maximal 75 Mio. € Jahresumsatz und in der Regel bis maximal 50 Mitarbeiter zum Tag der Antragsstellung.

Was wird gefördert?

Die Stärkung der Eigenkapitalausstattung mit geeigneten Finanzinstrumenten, um die Unternehmensfinanzierung (Investitionen, Betriebsmittel, Personalkosten etc.) sicher zu stellen.

Entsprechend der Finanzierungsstrategie der förderinteressierten Unternehmen werden die jeweils passenden Finanzinstrumente über die zwei Förderpartner IFB Innovationsstarter GmbH und BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH angeboten.

	Exit-orientierte Startups	Nicht Exit-orientierte Startups und sonst. kleine Mittelständler
Finanzinstrumente	Stille Beteiligungen (Exit-orientierte Ausgestaltung)	Stille Beteiligungen (mit fixem und gewinnabhängigem Entgelt)
Ansprechpartner	IFB Innovationsstarter	BTG Hamburg
Förderhöhe	Bis zu 800.000 €	Bis zu 1.800.000 €

Als Exit-orientiert gilt ein Unternehmen, wenn es sich über Risikokapital finanziert (z.B. von Business Angels und VC-Fonds) und sein Verkauf (ganz oder in Teilen) oder die Veräußerung wesentlicher betriebsnotwendiger Vermögenswerte oder ein Börsengang angestrebt wird.

Wie sind die Förderkonditionen?

Nähere Informationen zu den Förderkonditionen und zum Bewerbungsverfahren über die Förderpartner IFB Innovationsstarter GmbH und BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH sind in der detaillierten Programminformation im Downloadbereich und auf den Webseiten <https://innovationsstarter.com> und <https://www.btg-hamburg.de> zu erfahren. [Weitere Informationen](#)

(Programminformation CRF [hier](#))

Hamburger Stabilisierungs-Fonds (HSF)

Der Hamburger Stabilisierungs-Fonds dient der Abmilderung wirtschaftlicher Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf mittelständische Unternehmen der Realwirtschaft in der Freien und Hansestadt Hamburg. Mit einem Gesamtvolumen von bis zu einer Milliarde Euro stellt er Unternehmen branchenübergreifend Stabilisierungsmaßnahmen in Form von stillen Beteiligungen und Bürgschaften bzw. Garantien zur Stärkung der Kapitalbasis bereit.

Was sind die Zugangskriterien?

Gefördert werden Unternehmen, die die nachstehenden Zugangskriterien erfüllen:

- Unternehmensgröße: Gefördert werden Unternehmen, die zwei der drei Faktoren zur Unternehmensgröße erfüllen. Unerhebliche Abweichungen (bis zu 30 Prozent) von den Kriterien sind möglich.
 - o Bilanzsumme (10 bis 43 Mio. Euro)
 - o Umsatzerlöse (10 bis 50 Mio. Euro)
 - o Anzahl der Beschäftigten (50 bis 249)
- „Hamburg-Kriterium“: Gefördert werden Unternehmen mit Sitz oder einer Betriebsstätte in Hamburg. Dabei muss der wesentliche Tätigkeitsschwerpunkt in Hamburg liegen.
- Realwirtschaft: Gefördert werden Unternehmen der Realwirtschaft, also Wirtschaftsunternehmen, die keine Unternehmen des Finanzsektors und keine Kreditinstitute oder Brückeninstitute sind.
- Abgrenzung zum Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Gefördert werden Unternehmen, die nicht förderberechtigt im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes sind.

Wie hoch ist die Förderung?

Das Mindestvolumen einer Förderung beläuft sich auf 800.000 Euro. Bei einer Kombination von stiller Beteiligung und Bürgschaft bzw. Garantie darf der Anteil der stillen Beteiligung nicht unter 500.000 Euro liegen.

So funktioniert das Antragsverfahren:

1. Anfragenstellung: Im ersten Schritt wird auf Basis einer Anfrage mit eingeschränkten Informationsanforderungen überprüft, ob das antragstellende Unternehmen grundsätzlich den Kriterien für eine Förderung durch den Hamburger Stabilisierungs-Fonds entspricht. Diese Prüfung findet in enger Abstimmung mit den antragstellenden Unternehmen statt und enthält optional ein Erstgespräch.
2. Antragstellung: Nach der Vorab-Prüfung (Anfrage) kann der eigentliche Antrag auf Förderung durch den Hamburger Stabilisierungs-Fonds eingereicht werden. Hierbei sind zusätzliche, vertiefende Unterlagen einzureichen.
3. Antragsprüfung: Der Antrag wird von Treuhändern und der IFB Innovationsstarter GmbH auf Förderwürdigkeit überprüft. Hierbei findet bei Bedarf ein Zweitgespräch mit dem antragstellenden Unternehmen statt.

Die Anfragen- und Antragstellung erfolgt über ein Online-Portal unter www.hamburger-stabilisierungs-fonds.de. Fragen zum Anfragen- und Antragsverfahren können an die IFB Innovationsstarter GmbH gerichtet werden. [Weitere Informationen](#)

Kontakte

IFB Innovationsstarter GmbH
040/65 79 80-591
hsf@innovationsstarter.com

Darlehensprogramme

Hamburg-Kredit Liquidität (HKL)

Kleinen und mittleren Unternehmen sowie gemeinnützigen Organisationen, die durch die Corona-Krise in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, eröffnet die IFB Hamburg kurzfristig mit dem Hamburg Kredit Liquidität (HKL) neue Spielräume.

NEU: Die Antragsfrist wurde verlängert. Der Hamburg-Kredit Liquidität kann noch bis zum 17. Dezember 2021 beantragt werden. Die aktualisierte Förderrichtlinie wird in Kürze veröffentlicht.

Der Hamburg-Kredit Liquidität wird von der IFB Hamburg in Kooperation mit der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg (BG) und im Hausbankenverfahren vergeben. Im Modul B wird das Darlehen im Wesentlichen aus Mitteln des KfW-Sonderprogramms „Globaldarlehen an Landesförderinstitute für gemeinnützige Organisationen“ unter voller Risikoübernahme des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg refinanziert.

Wer wird gefördert?

- **Modul A:** kleine und mittlere Unternehmen, Selbstständige und Angehörige der Freien Berufe sowie Existenzgründer mit bis zu 10 Beschäftigten (Vollzeitäquivalent)
- **Modul B:** gemeinnützige oder Non-Profit-Organisationen und Vereine, sofern sie von der Körperschaftsteuer befreit sind

Was wird gefördert?

Das zinsgünstige Darlehen soll helfen, Liquiditätsengpässe zu überbrücken, die unmittelbar auf die sogenannte COVID-19-Krise zurückzuführen sind und kann für die Finanzierung von Betriebsmitteln und Investitionen eingesetzt werden.

Wie hoch ist die Förderung?

- **Modul A:** Die Darlehenshöhe liegt bei mindestens 20.000 € und maximal 250.000 €.
- **Modul B:** Die Darlehenshöhe liegt bei mindestens 20.000 € und maximal 800.000 €.

Wie sind die Förderkonditionen?

- Das Darlehen hat eine Laufzeit von 10 Jahren mit einer Zinsfestschreibung für die ersten fünf Jahre.
- Der Darlehenszins beträgt in dieser Zeit 1,00% p.a. Die Tilgung setzt im Modul A mit dem Beginn des fünften Laufzeitjahres und im Modul B mit dem Beginn des dritten Laufzeitjahres ein.
- Sondertilgungen können jährlich vorgenommen werden.

Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist für alle Antragsberechtigten, dass sie am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO waren. Abweichend davon können im Modul A Beihilfen für kleine und Kleinstunternehmen im Sinne des Anhangs I der AGVO gewährt werden, die sich am 31. Dezember 2019 bereits in Schwierigkeiten befanden, sofern diese Unternehmen nicht Gegenstand eines Insolvenzverfahrens nach nationalem Recht sind und sie weder Rettungsbeihilfen noch Umstrukturierungsbeihilfen erhalten haben.

Das Antragsverfahren:

- Nehmen Sie Kontakt zu Ihrem Bankberater auf.
- Beantragen Sie den Kredit bei einem Kreditinstitut Ihrer Wahl einschließlich einer Ausfallbürgschaft der BG.
- Die BG prüft Ihren Bürgschaftsantrag und teilt Ihnen, Ihrem Kreditinstitut und uns das Ergebnis mit.
- Die IFB Hamburg prüft im Anschluss die Förderfähigkeit Ihres Antrags und informiert Ihr Kreditinstitut.
- Schließen Sie den Vertrag bei Ihrem Kreditinstitut ab.
- Sie lassen die Mittel durch Ihr Kreditinstitut abrufen.

[Weitere Informationen](#)

(Förderrichtlinie Hamburg-Kredit Liquidität [hier](#))

(Steckbrief Hamburg-Kredit Liquidität [hier](#))

Der IFB-Förderkredit Kultur Fördermodul Corona

Die Freie und Hansestadt Hamburg bietet im Rahmen des „Hamburger Schutzschirms für Corona-geschädigte Unternehmen und Institutionen“ eine Förderung für die Hamburger Kultur an.

Ziel des IFB-Förderkredits Kultur Fördermodul Corona ist es, dass die finanziellen Einbußen durch die COVID-19-Krise soweit ausgeglichen werden, dass die Fortführung des Betriebs ermöglicht wird.

Wer wird gefördert?

Für das Fördermodul Corona sind alle juristischen Personen antragsberechtigt, die Träger oder Eigentümer eines Kulturbetriebes sind und zum Zeitpunkt der Antragstellung und Auszahlung eine Betriebsstätte in Hamburg haben und die am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO (Abl. L 187/1 vom 26.06.2014) waren, aber infolge der COVID-19-Krise in Schwierigkeiten geraten sind. Abweichend davon können Beihilfen für kleine und Kleinstunternehmen im Sinne des Anhangs I der AGVO gewährt werden, die sich am 31. Dezember 2019 bereits in Schwierigkeiten befanden, sofern diese Unternehmen nicht Gegenstand eines Insolvenzverfahrens nach nationalem Recht sind und sie weder Rettungsbeihilfen noch Umstrukturierungsbeihilfen erhalten haben.

Was wird gefördert?

Betriebsmittel, wenn deren Bedarf aus der COVID-19-Krise resultiert.

Wie hoch ist die Förderung?

Die maximale Darlehenshöhe liegt bei 300.000 Euro.

Das Antragsverfahren

- Den Antrag und die Anlagen an kultur@ifbhh.de senden
- Die Behörde für Kultur und Medien prüft die Förderwürdigkeit.
- Nach Bestätigung der Förderwürdigkeit entscheidet die IFB Hamburg kurzfristig über die Bewilligung.

Wichtige Hinweise

Den Antrag nicht postalisch an die IFB Hamburg senden. Diese werden nicht bearbeitet. Ausgedruckte Anträge können nicht verarbeitet werden.

Welche Informationen werden für den Antrag benötigt?

- Antrag
- Legitimationsnachweise und Erklärungen (siehe Antragsformular)
- ggf. Vollmacht
- Jahresabschluss des Unternehmens für das abgelaufene Geschäftsjahr sowie der zwei vorangegangenen Jahre
- ggf. Jahreslohnabrechnung des Antragstellers (gemäß Ziffer 4.1 der Förderrichtlinie)
- ggf. Nachweis Höhe Liquiditätseingpass (gemäß Ziffer 4.1 der Förderrichtlinie)
- Selbsterklärung des Antragstellers zur Einhaltung der KMU-Kriterien gemäß KMU-Definition der EU [Weitere Informationen](#)

(Antragsformular [hier](#))

(Vollmacht IFB Hamburg [hier](#))

(Förderrichtlinie „IFB-Förderkredit Kultur Fördermodul Corona“ [hier](#))

(Merkblatt KMU Definition [hier](#))

Der IFB-Förderkredit Sport Fördermodul Corona

Die Freie und Hansestadt Hamburg bietet im Rahmen des „Hamburger Schutzschirms für Coronageschädigte Unternehmen und Institutionen“ eine Förderung für den Sport in Hamburg. Ziel des IFB-Förderkredits Sport Fördermodul Corona ist es, dass die finanziellen Einbußen durch die COVID-19-Krise soweit ausgeglichen werden, dass die Fortführung der Aktivität ermöglicht wird.

Wer wird gefördert?

- gemeinnützige Sportvereine und -verbände, die bis spätestens zum 31.12.2019 in das Hamburger Vereinsregister eingetragen wurden und deren Satzungszweck die allgemeine Sportausübung ist;
- als Wirtschaftsbetrieb ausgegliederte Lizenzspielerabteilungen (Profisport) mit Sitz in Hamburg, die vor dem 31.12.2019 tätig waren;
- Organisatoren von Sportveranstaltungen in Hamburg und soweit sie nicht schon nach dem Hamburg-Kredit Liquidität gefördert werden
- im Bereich Sport tätige KMU (gemäß Anhang 1 der AGVO) und Großunternehmen, die ihren Sitz in Hamburg haben.

Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist für alle Antragsberechtigten, dass sie am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO waren, aber infolge der COVID-19-Krise in Schwierigkeiten geraten sind. Abweichend davon können Beihilfen für kleine und Kleinstunternehmen im Sinne des Anhangs I der AGVO gewährt werden, die sich am 31. Dezember 2019 bereits in Schwierigkeiten befanden, sofern diese Unternehmen nicht Gegenstand eines Insolvenzverfahrens nach nationalem Recht sind und sie weder Rettungsbeihilfen noch Umstrukturierungsbeihilfen erhalten haben.

Was wird gefördert?

Betriebsmittel, wenn deren Bedarf aus der COVID-19-Krise resultiert.

Wie hoch ist die Förderung?

Die maximale Darlehenshöhe liegt bei 300.000 Euro.

Das Antragsverfahren

- Den Antrag und die Anlagen an sport@ifbhh.de senden.
- Die Behörde für Inneres und Sport prüft die Förderwürdigkeit.
- Nach Bestätigung der Förderwürdigkeit entscheidet die IFB Hamburg kurzfristig über die Bewilligung.

Wichtige Hinweise

Den Antrag nicht postalisch an die IFB Hamburg senden. Diese werden nicht bearbeitet. Ausgedruckte Anträge können nicht verarbeitet werden.

Welche Informationen werden für den Antrag benötigt?

- Antrag
- Legitimationsnachweise und Erklärungen (siehe Antragsformular)
- ggf. Vollmacht
- Jahresabschluss des Unternehmens für das abgelaufene Geschäftsjahr sowie der zwei vorangegangenen Jahre
- ggf. Jahreslohnabrechnung des Antragstellers (gemäß Ziffer 4.1 der Förderrichtlinie)
- ggf. Nachweis Höhe Liquiditätengpass (gemäß Ziffer 4.1 der Förderrichtlinie)
- Selbsterklärung des Antragstellers zur Einhaltung der KMU-Kriterien gemäß KMU-Definition der EU [Weitere Informationen](#)

(Antragsformular [hier](#))

(Vollmacht IFB Hamburg [hier](#))

(Förderrichtlinie „IFB-Förderkredit Sport Fördermodul Corona“ [hier](#))

(Merkblatt KMU Definition [hier](#))

Weitere finanzielle Unterstützungen

Bürgschaften (BG)

Kreditfinanzierungen bis 2,5 Mio. Euro über Ihre Hausbank können auch durch die erweiterten Bürgschaftsmöglichkeiten der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg (BG) ermöglicht werden. [Weitere Informationen](#)

Landesbürgschaften

Die Freie und Hansestadt Hamburg übernimmt zur Förderung der Wirtschaft Landesbürgschaften für Kredite an Unternehmen aller Branchen, sofern Bürgschaften der BG Hamburg grundsätzlich nicht in Frage kommen. [Weitere Informationen](#)

Hamburg Digital

Das Förderprogramm „Hamburg Digital“ unterstützt bei der Umstellung auf neue digitale Systeme und Geschäftsmodelle und trägt dadurch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhöhung der Sicherheit beim Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien bei.

Wer wird gefördert?

Gefördert werden

- kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der gewerblichen Wirtschaft und des Handwerks
- freiberuflich Tätige (z.B. Ärzte/Steuerberater/Architekten),

mit Sitz oder mindestens einer Betriebsstätte in Hamburg, in der die geförderte Maßnahme zum Einsatz kommt.

Gefördert werden dabei nur kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die zusammen mit ihren „Partnerunternehmen“ und „verbundenen Unternehmen“ die Grenze von 250 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalenten) unterschreiten.

Was wird gefördert?

Modul I - Hamburg-Digital Check:

Gefördert werden Ausgaben für Beratungsdienstleister, die im Rahmen des Bundesprogramm „go-digital“ eine Zertifizierung erhalten haben.

Modul II - Hamburg-Digital Invest:

Gefördert werden Investitionen zur Umsetzung der entwickelten Strategien und Konzepte. Die Förderung umfasst sowohl Ausgaben für IKT-Hard- und -Software als auch die Ausgaben für externe Dienstleister, die für die Umsetzung der Maßnahmen notwendig sind.

(Weitere Informationen sind den [Richtlinien](#) zu entnehmen.)

Wie sind die Förderkonditionen?

Die förderfähigen Ausgaben müssen mindestens 3.000 € (netto) je Modul betragen.

- Im Modul I Hamburg-Digital Check werden Ausgaben für Beratungsleistungen mit 50% bis zu einer maximalen Fördersumme von 5.000 € bezuschusst.
- Im „Modul II Hamburg-Digital Invest“ werden die Ausgaben für das tatsächliche Investitionsvorhaben mit 30% bis zu einem max. Förderbetrag von 17.000 € bezuschusst.

Was ist noch zu beachten?

Förderungen im Modul II Hamburg-Digital Invest, die nicht auf einem Realisierungskonzept basieren, welches im Rahmen eines Beratungsprojekts im Modul I Hamburg-Digital Check entstanden ist, bedürfen der vorherigen Feststellung der Förderwürdigkeit des Vorhabens durch das [Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Hamburg](#) oder einen im Rahmen des Bundesprogramm „go-digital“ [zertifizierten Berater](#).

Die Antragsstellung:

Der Antrag ist ausschließlich in digitaler Form über das [eAntragsportal](#) zu stellen. Folgende Unterlagen sind zusätzlich hochzuladen:

- KMU-Selbsterklärung
- Erklärung über bereits erhaltene De-minimis-Beihilfen
- Angebot zur geplanten Maßnahme
- Im Modul II - Stellungnahme zur Förderwürdigkeit (sofern es sich nicht um eine bereits im Modul I geförderte Maßnahme handelt)

Wichtiger Hinweis:

Es ist zu beachten, dass der Antrag durch das Unternehmen selbst zu stellen ist. Die im Antrag bestehende Möglichkeit der Bevollmächtigung bezieht sich dabei nicht auf das eingebundene Beratungsunternehmen, sondern auf Vertretungsberechtigte im Unternehmen.

- Die IFB Hamburg prüft den Antrag und entscheidet über eine Bewilligung.
- Nach Erhalt der Bewilligung kann das Vorhaben starten

[Weitere Informationen](#)

(Ansprechpartner [hier](#))

(Antragsformulare im Downloadbereich [hier](#))

Gegebenenfalls relevant für KMU

Hamburg-Kredit Mikro

Die IFB Hamburg fördert mit dem Hamburg-Kredit Mikro in Beratungskoooperation mit weiteren Partnern ein Darlehen für Investitionen und Betriebsmittel an kleine Unternehmen, Selbstständige und Angehörige der freien Berufe. Ziel ist es, die antragsberechtigten Unternehmen durch schnelle Bereitstellung der Darlehensmittel zu attraktiven Förderzinssätzen zu unterstützen und damit Investitionen und Betriebsmittelfinanzierungen für den Standort Hamburg vor allem zur Bewältigung der Corona-Krise und der wirtschaftlichen Folgen zu ermöglichen.

Wer wird gefördert?

Mit dem Hamburg-Kredit Mikro fördert die IFB Hamburg...

- kleine Unternehmen,
- Selbstständige und
- Angehörige der freien Berufe, die weniger als 50 Mitarbeitende und einen Jahresumsatz oder eine Jahresbilanzsumme von maximal 10 Mio. Euro haben, mit Unternehmenssitz oder wesentlicher Betriebsstätte in Hamburg.

Die Antragstellenden müssen ein Bestätigungsschreiben eines Kreditinstitutes vorlegen, aus dem hervorgeht, dass eine Begleitung des Finanzierungsvorhabens nicht erfolgen kann.

Was wird gefördert?

- Existenzgründung und -festigungen
- Betriebsübernahmen,
- Erweiterungen / Wachstumsfinanzierung / Investitionen

- Betriebsmittel / Vorfinanzierung konkret vorliegender Aufträge
- Von der Förderung ausgenommen sind die Ablösungen von vorhandenen Bankverbindlichkeiten und Gesellschafterdarlehen

Wie wird gefördert?

Mit dem Förderprogramm können bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitions- und Betriebsmittelkosten finanziert werden.

	Kleine Unternehmen bis zum 5. Geschäftsjahr	Kleine Unternehmen ab dem 5. Geschäftsjahr
Förderhöhe	5.000€ - 25.000€	5.000€ - 40.000€
Auszahlung	100%	100%
Darlehenslaufzeit	6 Jahre	6 Jahre
Tilgungsfreie Zeit	ersten 6 Monate	ersten 6 Monate

Konditionen

- Der Darlehenszins beträgt derzeit 2,95 % p.a., ist für die Darlehenslaufzeit festgeschrieben und gilt auch für die tilgungsfreie Zeit.
- Der Darlehensbetrag wird zu 100 % und in einer Summe ausgezahlt.
- Beginnend 3 Monate nach Zusagedatum fällt für das noch nicht ausgezahlte Darlehen eine Bereitstellungsprovision in Höhe von 1,80 % p.a. an.
- Eine Bearbeitungsgebühr wird nicht erhoben.

Sicherheiten

- Notarielles Schuldanerkenntnis des Antragstellers / der Antragstellerin (bei GbR auch der Mitverpflichteten)
- Bei juristischen Personen übernehmen die Gesellschafter eine Bürgschaft

Kumulierung

Förderung des gleichen Vorhabens mit EU-Mitteln anderer Bundes- und Landesprogramme ist ausgeschlossen.

Das Antragsverfahren

- Bei den Förderlotsen der IFB HH informieren, welche in Hamburg ansässigen Beratungsstellen es für das geplante Vorhaben gibt
- Die Auswahl eines der aufgeführten Kooperationspartner steht dem Antragsteller frei
- Kontakt zum Kooperationspartner aufnehmen
- Der Antrag kann ausschließlich in digitaler Form über das [eAntragsportal](#) gestellt werden. Die einzureichenden Unterlagen ergeben sich aus den benannten Downloads.
- Die IFB HH prüft den Antrag und entscheiden über die Förderung.
- Nach Erhalt einer Bewilligung kann das Vorhaben starten

Zu den Kooperationspartnern gehören derzeit:

- Handelskammer (u.a. für Mitglieder der IHK)
- Handwerkskammer (u.a. für Betriebe mit Handwerkszugehörigkeit)
- Unternehmer ohne Grenzen e. V.
- Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Migranten e. V.
- Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH (u. a. für Freiberufler, Unternehmer und Firmen aus der Kreativwirtschaft)

Kontakte:

Hamburg-Kredit Mikro
Hamburg-Kredit Mikro
040/24 846-560
mikro@ifbhh.de

Hamburg-Kredit Mikro
IFB Beratungscenter Wirtschaft
040/248 46-533
foerderlotsen@ifbhh.de

([Weitere Informationen](#) und Antragsformulare im [Downloadbereich](#))

Hamburg-Kredit Gründung und Nachfolge (GuN)

Kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) der gewerblichen Wirtschaft in Hamburg und freiberuflich Tätige sowie andere Dienstleister, die max. 5 Jahre am Markt aktiv sind, können Darlehen bis 750.000 Euro pro Vorhaben erhalten. Diese Förderung ist ein Kooperationsprodukt mit der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg. [Weitere Informationen](#)

Hamburg-Kredit Wachstum

Kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) der gewerblichen Wirtschaft in Hamburg und freiberuflich Tätige sowie Personen, die im Rahmen einer gewerblichen Tätigkeit Gewerbeimmobilien vermieten oder verpachten und seit mindestens 5 Jahren am Markt sind können aus diesem Förderprogramm über ihre Hausbank Betriebsmittelkredite bis 500.000 Euro erhalten. [Weiter Informationen](#)

Brücken in Ausbildung

Um neue Ausbildungsplätze für Teilnehmende einer Berufs- und Einstiegsqualifizierung zu fördern, können kleine und mittelständische Unternehmen einen nichtrückzahlbaren Zuschuss erhalten.

Wer wird gefördert?

Gefördert werden Ausbildungsbetriebe in Hamburg mit bis zu 249 Mitarbeiter*innen, die Teilnehmende aus der Berufsqualifizierung oder der Einstiegsqualifizierung des Jahrgangs 2020/2021 in ein Ausbildungsverhältnis übernehmen.

Was wird gefördert?

Gefördert werden betriebliche Ausbildungsverhältnisse:

- deren Auszubildende die Berufs- oder Einstiegsqualifizierung des Jahrgangs 2020/2021 durchlaufen haben,
- deren Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung staatlich anerkannt sind,
- die in dem Zeitraum vom 01. August 2021 bis 15. März 2022 beginnen,
- die zum Zeitpunkt der Antragstellung sowie für die Zeit der Gewährung des Zuschusses fortbestehen und
- deren ggf. vereinbarte Probezeit erfolgreich absolviert ist.

Wie sind die Förderkonditionen?

Dem Ausbildungsbetrieb wird ein auf 12 Monate befristeter nicht rückzahlbarer Zuschuss von monatlich 400 € zur Ausbildungsvergütung gezahlt. Sofern keine Probezeit vereinbart wurde, erfolgen die Zahlungen erstmals für den Monat des Beginns der Ausbildung. Bei Ausbildungsverhältnissen mit einer Probezeit wird der Zuschuss nach Beendigung der Probezeit rückwirkend ab Beginn der Ausbildung gewährt.

Was ist noch zu beachten?

Die Antragstellung kann bei Ausbildungsverhältnissen ohne Probezeit frühestens im Monat des Beginns der Ausbildung gestellt werden, bei Ausbildungsverhältnissen mit einer Probezeit frühestens nach erfolgreichem Abschluss der Probezeit. Der Antrag ist spätestens zwei Monate nach Beginn der Ausbildung bzw. Beendigung der Probezeit zu stellen.

Das Ausbildungsverhältnis muss für die Zeit der Gewährung des Zuschusses fortbestehen.

Die Antragsstellung

- Anträge können postalisch bei der IFB gestellt werden
- Das Antragsformular steht zum [Download](#) bereit
- Die Anträge werden so schnell wie möglich geprüft und die Ergebnisse zurückgemeldet
[Weitere Informationen](#)

(Ansprechpartner [hier](#))

(Informationen & Formulare im Downloadbereich [hier](#))

Steuerliche Entlastungsmaßnahmen der Finanzbehörde

Unternehmen, die wegen des Coronavirus in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, können zur Entlastung verschiedene steuerliche Hilfsangebote der Finanzämter nutzen. Darauf weist die Hamburger Finanzbehörde hin. Unternehmen sollten frühzeitig Kontakt mit ihrem zuständigen Finanzamt aufnehmen.

Steuerliche Maßnahmen, die zur Entlastung beitragen, können sein:

- Herabsetzung oder Aussetzung laufender Vorauszahlungen zur Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer auf Antrag
- Herabsetzung von Vorauszahlungen zur Gewerbesteuer
- Herabsetzung des Steuermessbetrages für Zwecke der Gewerbesteuer-Vorauszahlungen
- Stundung fälliger Steuerzahlungen
- Erlass von Säumniszuschlägen
- Verzicht auf Vollstreckungsmaßnahmen

(Weitere Informationen und Antragsformulare [hier](#))

Hilfen für Unternehmen in Schleswig-Holstein

Einen Überblick über landesspezifische Unterstützungsangebote für Unternehmen in Schleswig-Holstein finden Sie neben den in dieser Übersicht aufgeführten Informationen u.a. auf den Websites der [Landesregierung](#), der [IB.SH](#) und der [IHK Schleswig-Holstein](#).

Härtehilfen in Schleswig-Holstein [07.12.2021]

Die Härtefallhilfen, ein gemeinsames Programm des Bundes und der Länder, können ab dem 19.05.2021 beantragt werden. Die Härtefallhilfe ergänzt die bestehenden Corona-Hilfsprogramme und richtet sich nur an Unternehmen und Selbständige, die aufgrund von speziellen Fallkonstellationen in den bestehenden Hilfsprogrammen von Bund und Ländern nicht berücksichtigt werden können, deren wirtschaftliche Not aber eindeutig durch die Corona-Pandemie bedingt ist und die grundsätzlich förderwürdige Fixkosten aufweisen.

NEU:

- Die Antragsfrist der Härtehilfe Schleswig-Holstein wird zunächst bis 31. Dezember 2021 verlängert.

Landesspezifische Vorgaben:

Die Antragstellung richtet sich nach den im jeweiligen Bundesland geltenden spezifischen Vorgaben. Jeder Einzelfall wird nach diesen landesspezifischen Vorgaben geprüft und entschieden. In den [FAQs](#) (Fragen und Antworten) für Schleswig-Holstein sind alle wichtigen Informationen zu finden.

Die Härtefallhilfe wird auf der Basis einer Einzelfallentscheidung in Form einer Billigkeitsleistung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Leistungen. Die Härtefallhilfe kann nur gewährt werden, wenn andere Hilfsprogramme von Bund, Ländern und Kommunen (ohne Darlehensprogramme) nicht greifen.

Antragsberechtigung:

Ergänzend zu den oben genannten grundsätzlichen Antragsvoraussetzungen sind Unternehmen nur antragsberechtigt, wenn sie sich mindestens einer der in den [FAQs](#) erläuterten Härtefall-Kategorien für Schleswig-Holstein zuordnen lassen. Dazu gehören:

- Wahl alternativer Vergleichszeiträume für 2018 bei begründeten außergewöhnlichen betrieblichen Umständen in 2019
- Wechsel vom Neben- in den Haupterwerb: Wahl alternativer Referenzmonate nach Februar 2020, wenn zum Zeitpunkt der Antragstellung ein Haupterwerb vorliegt
- Vermietung von Ferienwohnungen ohne Gewerbeschein, wenn eine gewerbliche Prägung gemäß der in den [FAQs](#) erläuterten Kriterien vorliegt
- Mischbetriebe / Verbundunternehmen: Antragstellung für einen abgrenzbaren Teil der wirtschaftlichen Tätigkeitsfelder des Mischbetriebes bzw. für ein Unternehmen eines Unternehmensverbundes
- Sonstige Härtefälle: Über weitere Konstellationen kann die Härtefallkommission nach pflichtgemäßen Ermessen bei vorliegenden ausführlichen Begründungen entscheiden.

Förderzeitraum:

Der Förderzeitraum für die Härtefallhilfen umfasst bisher die Monate November 2020 bis Dezember 2021 und wird analog zur Überbrückungshilfe IV bis Ende März 2022 verlängert. Die Höhe der Förderung hängt unter anderem von der Belastung im Einzelfall ab. Sie orientiert sich an der Überbrückungshilfe des Bundes, das heißt insbesondere an den förderfähigen Fixkosten. Die Härtefallhilfe sollte im Regelfall 100.000 Euro nicht übersteigen.

Antragstellung und prüfende Dritte:

Die Antragstellung ist seit 19. Mai zunächst bis zum 31. Dezember 2021 (verlängert; nochmalige Verlängerung bis zum 31. März 2022 geplant) ausschließlich über einen prüfenden Dritten oder eine prüfende Dritte im Namen des bzw. der Antragstellenden über diese digitale Schnittstelle möglich: www.haertefallhilfen.de

Der Antrag auf Härtefallhilfe kann nur einmal gestellt werden. Bei den beihilferechtlichen Grundlagen sind die Regelungen der Überbrückungshilfe III zu beachten. Abschlagszahlungen sind nicht vorgesehen.

Fragen sind an die prüfenden Dritten zu richten.

Hinweis: Dieses Unterstützungsangebot ist nicht mit den bestehenden Unterstützungsangeboten für Unternehmen über den IB.SH Härtefallfonds Mittelstand (Liquiditätsdarlehen) und den MBG Härtefallfonds Mittelstand (Eigenkapitalunterstützung) zu verwechseln. [Weitere Informationen](#)

Förderung der dualen Ausbildung – Richtlinie

Unternehmen können eine einmalige Förderung in Höhe von 2.000,- € erhalten, wenn sie zusätzlich junge Menschen aufnehmen, die aufgrund der Corona-Pandemie ihren Ausbildungsplatz verloren haben. Damit kann das Land Schleswig-Holstein Firmen unterstützen, die nicht von den Ausbildungsprämien des Bundes profitieren können. Gleichzeitig wird ein Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses geleistet. [Weitere Informationen](#)

(Richtlinie über die Förderung der dualen Ausbildung als PDF [hier](#))

(Antragsformular Förderung der dualen Ausbildung als PDF [hier](#))

Sonder-Beteiligungsprogramm S-H

Mit dem Programm steht für Schleswig-Holstein die sogenannte Säule II der Hilfen der Bundesregierung, die Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Unterstützung von Start-ups und kleinen Mittelständlern zur Überwindung der Corona-Krise angekündigt hatten. Ziel der Säule II ist es, Start-ups und kleine Mittelständler, die Finanzierungsbedarfe haben, mit Mezzanine- oder Beteiligungsfinanzierungen zu unterstützen. Über haftungsfreigestellte Globaldarlehen können die Landesförderinstitute passgenau auf die jeweiligen Bundesländer zugeschnittene Förderinstrumente refinanzieren.

NEU:

- Das Sonder-Beteiligungsprogramm wird bis zum 31.12.2021 verlängert. Somit fällt die Antragsfrist auf den 15.12.2021.

Wert wird gefördert?

- Start-ups
- kleine Mittelständler (gewerbliche Unternehmen bis 75 Mio. EUR Gruppenumsatz), die entweder ihren Sitz, ihre Betriebsstätte, ihre Hauptverwaltung, den Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit oder mindestens 50% der Vollzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein haben

Ausgeschlossen sind Unternehmen, die am 31. Dezember 2019 ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne von Artikel 2 Nr. 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 waren.

Was wird gefördert?

- Investitionen und die Mitfinanzierung aller laufenden Kosten, wie Miete, Gehälter (einschließlich Unternehmer-Gehälter) und Warenlager (Betriebsmittel).
- Gefördert werden alle bilanzstärkenden Maßnahmen, vor allem zur Stärkung der Eigenkapital- bzw. Eigenmittel-Ausstattung und zur Liquiditätssicherung.

Die Finanzierung von Umschuldungen bereits abgeschlossener und durchfinanzierter Vorhaben ist nicht zulässig.

Wie wird gefördert?

Beteiligungsform:

- Typisch stille Beteiligung
- Offene Beteiligungen (ggf. mit Gesellschafterdarlehen mit Wandeloption)

Beteiligungsbetrag:

Maximal 800.000 Euro (abhängig vom noch verfügbaren Kleinhilfebudget nach der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“)

Beteiligungskonditionen:

- Typische stille Beteiligung
 - o Festvergütung: i.d.R. 6% p.a.
 - o Gewinnabhängige Vergütung: bei Gewinn des Unternehmens 1,50%-2,00% p.a. auf die Beteiligungssumme
 - o Laufzeit: mind. 5 Jahre max. 10 Jahre
- Offene Beteiligungen (Verhandlungssache)

Wie ist der Weg zur Förderung?

Formlos über die [MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH](#).

Wer ist der Fördergeber?

Die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH fördert in Verbindung mit der KfW, mit dem Land Schleswig-Holstein und der IB.SH.

(Weitere Informationen als PDF-Download [hier](#))

Voraussetzung für die Teilnahme an der sogenannten Säule 2 des Bundesprogramms ist, dass das jährliche Umsatzvolumen höchstens € 75 Mio. beträgt. Die Mittelbereitstellung im Risiko des Bundes an die Landesförderinstitute erfolgt über haftungsfrei gestellte Globaldarlehen durch die KfW. Der öffentliche Anteil an der jeweiligen Finanzierung kann gemäß „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ bis zu 800.000 Euro pro Unternehmen betragen.

Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist für alle Antragsberechtigten, dass sie am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO waren. Ausnahmen für kleine und Kleinstunternehmen (bis 50 Mitarbeiter und 10 Mio. EUR Bilanzsumme bzw. 10 Mio. EUR Jahresumsatz) sind möglich. [Weitere Informationen](#)

Landesprogramm Wirtschaft - Digibonus I S-H

Aufgrund der aktuellen Corona-Krise stehen die Unternehmen in Schleswig-Holstein vor großen Herausforderungen. Bis auf weiteres wird es darauf ankommen, Kundenkontakte in einer Form zu gestalten, die zur Eindämmung der Pandemie beitragen. Dafür sind digitale Kommunikations- und Kontaktmöglichkeiten von zentraler Bedeutung. Mit der Förderung soll Kleinstunternehmen ein niedrigschwelliger Einstieg in entsprechende Digitalisierungsmaßnahmen ermöglicht werden.

Förderberechtigte:

Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe sowie gemeinnützige Unternehmen und Vereine, die

- dauerhaft wirtschaftlich am Markt tätig sind,
- bis einschließlich 5 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen (Vollzeitäquivalente) beschäftigen,
- ihren Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein haben.

Antragsberechtigte können nur einmal aus dem vorliegenden Programm gefördert werden.

Bei Angehörigen der Freien Berufe muss die selbstständige Tätigkeit im Haupterwerb ausgeübt werden.

Bei verbundenen Unternehmen kann nur ein Unternehmen einen Antrag stellen. Siehe hierzu auch den Benutzerleitfaden zur Definition von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) im [Download-Bereich](#).

Eine Antragsberechtigung liegt nur für rechtlich selbstständige Einheiten vor. Betriebsstätten und Zweigniederlassungen desselben Unternehmens gelten nicht als rechtlich selbstständige Einheiten.

Auszubildende sind bei der Ermittlung der Vollzeitäquivalente nicht zu berücksichtigen. Mitarbeitende Eigentümer/Teilhaber sind in die Anzahl der Beschäftigten einzubeziehen.

Von der Förderung ausgenommen sind:

- Unternehmen, die sich bereits am 31.12.2019 in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befunden haben (zur Begriffsdefinition „Unternehmen in Schwierigkeiten“ siehe Artikel 2 Nr. 18 AGVO),
- Öffentliche Unternehmen,

- Unternehmen aus den Bereichen Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Fischerei und Aquakultur im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 (bzw. Artikel 1 lit. a/b der VO (EU) 1407/2013).

Was gefördert wird:

Gegenstand der Förderung sind Investitionen in Soft- und Hardware sowie diese begleitenden Dienstleistungen in folgenden Bereichen (abschließende Auflistung):

- Umstellung auf elektronische Belegausgabe bei Kassensystemen,
- Elektronische Meldescheinsysteme,
- Elektronische Kontaktnachverfolgungssysteme,
- Elektronische Bestellaufnahmesysteme,
- Erstellung Internetauftritt und Onlineshops,
- Erstellung von Online-Speisekarten.

Zu den begleitenden Dienstleistungen zählen die notwendige Einrichtung der Soft- und Hardware sowie die Konzeption von digitalen Lösungen wie zum Beispiel Online-Auftritte.

Die oben angeführte Auflistung ist ein abschließender Förderkatalog. Die von Ihnen geplanten Maßnahmen müssen sich einem der oben genannten Bereiche zuordnen lassen.

Nicht gefördert werden im Rahmen dieser Richtlinie Eigenleistungen des Antragstellers.

Wie gefördert wird:

- Die IB.SH vergibt mit diesem Programm Beihilfen unter Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen.
- Die nach dieser Richtlinie geförderten Ausgaben dürfen nicht als betriebliche Fixkosten im Rahmen der Überbrückungshilfen geltend gemacht werden (Ausschluss der Doppelförderung). Sofern die tatsächlich angefallenen Ausgaben die nach dieser Richtlinie maximale Fördersumme von 1.000 Euro übersteigen, können die darüberhinausgehenden Ausgaben im Rahmen der Überbrückungshilfen als Fixkosten geltend gemacht werden.

Der Weg zur Förderung:

Eine Antragstellung ist ab sofort über die IB.SH möglich. Dem Online-Antrag sind folgende Unterlagen als Scan oder Foto beizufügen:

- Antragsformular (vollständig ausgefüllt - möglichst elektronisch im Adobe® Acrobat® Reader® - und rechtsverbindlich unterzeichnet)
- De-minimis-Erklärung (vollständig ausgefüllt - möglichst elektronisch im Adobe® Acrobat® Reader® - und rechtsverbindlich unterzeichnet)
- Personalausweiskopie der/des Vertretungsberechtigten (Antragsunterzeichner/in) *
- Rechnungsbeleg(e)
- Gewerbeanmeldung (oder nur bei Freiberuflern: Nachweis über steuerliche Anmeldung Finanzamt oder Steuerbescheid)
- Bei erforderlicher Registereintragung zusätzlich: Registerauszug (nicht älter als 6 Monate) z.B. Handels-, Genossenschafts-, Vereinsregister

* Für die erforderliche Identitätsprüfung werden die Daten „Name, Vorname, Anschrift und ausstellende Behörde“ benötigt. Dem Antragsstellenden wird empfohlen, die übrigen Informationen auf dem Personalausweis unkenntlich zu machen (Foto, Ausweisnummer, Ausstellungs- und Gültigkeitsdatum). Für den Fall, dass der Antragstellende dies unterlässt, erklärt er oder sie seine oder ihre Einwilligung, dass die nicht unkenntlich gemachten Daten ggf. bis zur Löschung des gesamten Vorgangs gespeichert bleiben, aber nicht weiterverarbeitet werden.

Wichtige Hinweise:

- Bei der Anmeldung zum Online-Antrag muss eine E-Mail-Adresse angegeben werden. Ohne die Angabe einer gültigen E-Mail-Adresse kann der Antrag nicht bearbeitet werden. Der Posteingang (ggf. auch der Spam-Ordner) dieser E-Mail-Adresse ist regelmäßig zu prüfen.
- Diese E-Mail-Adresse wird für die erforderliche Korrespondenz verwendet.
- Die Reihenfolge der Antragsbearbeitung erfolgt nach Eingang der vollständigen Antragsunterlagen. Der Eingang erfolgt zu dem Zeitpunkt, an dem der Online-Antrag

abgeschlossen und übergeben wird (nach Übergabe können die Angaben im Antrag nicht mehr geändert und dem Antrag keine weiteren Dokumente angehängt werden).

- Unvollständige Anträge werden nicht angenommen. Wurde ein unvollständiger Antrag abgegeben, erhält der Antragsteller eine Benachrichtigung per E-Mail. Es ist zu beachten, dass in diesem Fall der Antrag vollständig neu eingereicht werden muss.
- Eine Bearbeitung kann nur bei Vorliegen eines vollständigen und rechtsverbindlich unterzeichneten Antrags mit allen geforderten Anhängen erfolgen (siehe S. 5 des Antragsformulars).
- Es ist zu beachten, dass die Gewährung der Zuwendung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erfolgt (gem. Ziff. 1.4 der Richtlinie zur Förderung niedrigschwelliger Digitalisierungsmaßnahmen in Kleinstunternehmen (Digibonus I Schleswig-Holstein)).

Bei möglichen Fragen bitte erst auf dieser Seite nach Antworten suchen. Sollten Fragen offen bleiben, helfen die [Förderlotsen](#) des IB.SH gerne.

Die Antragstellung:

Wichtig: Unvollständige Anträge werden nicht angenommen. Wurde ein unvollständiger Antrag abgegeben, erhält der Antragsteller eine Benachrichtigung per E-Mail. Eine Bearbeitung kann nur bei Vorliegen eines vollständigen und rechtsverbindlich unterzeichneten Antrags mit allen geforderten Anhängen erfolgen (siehe S. 5 des Antragsformulars).

Der Antrag kann einfach [hier](#) über das Online-Portal der IB.SH. gestellt werden.

- [Hier](#) der Downloadbereich für die Antragsunterlagen, Richtlinien, Regelungen und Definitionshilfen, Anleitungen und häufig gestellte Fragen (FAQs)
- [Hier](#) die Ansprechpartner [Weitere Informationen](#)

MBG Härtefallfonds Mittelstand (Beteiligungsprogramm)

Mit dem Beteiligungskapital soll erreicht werden, dass das wirtschaftliche Eigenkapital des Unternehmens gestärkt wird, um auch zukünftig Fremdkapitalfinanzierungen zu ermöglichen und damit den Unternehmen Perspektiven zu ermöglichen. Es sollen daher nur Beteiligungen gewährt werden, an Unternehmen mit einem grundsätzlich intakten Geschäftsmodell.

Die Antragsteller sollen in einer Selbsterklärung erklären, dass durch die Corona-Krise bedingte, im Zuge von erwarteten Umsatzausfällen zusätzliche Liquiditätsgpässe entstanden sind, die nicht durch bereits gewährte oder beantragte bzw. bewilligte Fördermittel gedeckt sind oder werden.

NEU:

- Verlängerung des Beteiligungsprogramms bis zum 31.12.2021.

Förderkriterien:

Um Unternehmen in Schleswig-Holstein einen schnellen und breiten Zugang zum MBG Härtefallfonds Mittelstand (Beteiligungsprogramm) zu ermöglichen, gelten nachfolgende Kriterien zum erwarteten bzw. realisierten Umsatzausfall nebeneinander:

- Beteiligungsfinanzierung i.d.R. ab 100 TEUR
- 50 % Umsatzausfall im 1. Halbjahr 2021 ggü. zum 1. Halbjahr 2019
- 50 % Umsatzausfall im 2. Halbjahr 2020 ggü. zum 2. Halbjahr 2019
- 50 % Umsatzausfall in einem der Monate Nov., Dez. 2020 oder Jan. 2021 ggü. korrespondierenden Vorjahresmonat
- 30 % Umsatzausfall Nov., Dez. + Jan. 2021 ggü. Nov., Dez. 2019 + Jan. 2020
- Für Start-up-Unternehmen/Existenzgründungen, deren Gründung vor dem 01.04.2020 erfolgt, wird bei nicht vorhandenen Ist-Umsätzen in 2019/2020 die ursprünglich plausibilisierten Planumsätze für das 1. Halbjahr 2021 ggü. 1. Halbjahrs 2021 gestellt. Der Betrachtungszeitraum kann jedoch in Ausnahmefällen auch angepasst werden.

Weitere Hinweise:

- Nachweis bzw. plausibilisierte Bestätigung über Umsatzausfälle soll durch Steuerberater, Unternehmensberater oder WP erfolgen

- Durch die Langfristigkeit des Beteiligungskapitals (5-10 Jahre) ist eine "reine" Zwischenfinanzierung kurzfristig erwarteter Zuschüsse nicht vorgesehen.

Die Programmlaufzeit und die damit verbundenen Regelungen gelten ab dem 01.02.2021 bis zum 31.12.2021. [Weitere Informationen](#)

(Programm-Steckbrief als PDF [hier](#))

Sonder-Darlehensprogramm gemeinnützige Organisationen S-H

Mit diesem Programm unterstützen die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH (BB-SH), die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) und das Land Schleswig-Holstein gemeinsam auf Basis des KfW-Sonderprogramms „Globaldarlehen an Landesförderinstitute für gemeinnützige Organisationen“ gemeinnützige Organisationen mit Sitz und/oder Vorhaben in Schleswig-Holstein, die einen Corona (COVID 19) bedingten Finanzierungsbedarf haben, wodurch sich die Organisation einem plötzlichen Liquiditätsengpass oder der gänzlichen Nichtverfügbarkeit von Liquidität ausgesetzt sieht.

Einzelheiten zu dem Programm sind [hier](#) zu entnehmen.

Der Bürgschaftsantrag wird über den [Online-Antrag](#) der BB-SH gestellt. Es muss in dem Antragsformular die Auswahl „BB-NPO“ genutzt werden. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass für dieses Programm statt der üblichen ABB gesonderte [Richtlinien](#) gelten.

NEU:

- Das Sonder-Darlehensprogramm wurde bis zum 31.12.2021 verlängert. Die Antragsfrist endet somit am 15.12.2021.

Dem Online-Antrag sind der [Refinanzierungsantrag](#) der IB.SH und die [Bestätigung der Programm Voraussetzungen](#) sowie die [Erklärung zu Kleinbeihilfen](#) (anstelle der im Online-Antrag integrierten Beihilfeerklärung) beizufügen. Sie können wahlweise als Anlage zum Online-Antrag hochgeladen oder der BB-SH auf dem Post- bzw. elektronischen Wege zugeleitet werden. Für jede Art des Dokumentenaustauschs steht darüber hinaus auch das [Upload-Portal](#) zur Verfügung.

Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist für alle Antragsberechtigten, dass sie am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO waren. Ausnahmen für kleine und Kleinstunternehmen (bis 50 Mitarbeiter und 10 Mio. EUR Bilanzsumme bzw. 10 Mio. EUR Jahresumsatz) sind möglich. [Weitere Informationen](#)

Förderart: Darlehen mit Haftungsfreistellung

Förderziel: Deckung von coronabedingten Liquiditätsengpässen

Antragsstellende: Gemeinnützige Organisationen

Betrag: 25.000 bis 800.000 Euro (100% Haftungsfreistellung)

Laufzeit: 10 Jahre

(Online-Antrag [hier](#))

(Refinanzierungsantrag [hier](#))

(Bestätigung der Programm Voraussetzungen [hier](#))

(Erklärung zu Kleinbeihilfen [hier](#))

(gesonderte Richtlinien [hier](#))

Bürgschaften der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein

Durch die bundesweit erweiterten Rahmenbedingungen für die Vergabe von Ausfallbürgschaften kann auch die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein umfangreiche Ausfallbürgschaften von bis 2,5 Mio. Euro bzw. Verbürgungsgraden von bis zu 80 % bis 90 % möglich machen. [Weitere Informationen](#)

Unterstützungsangebote durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) IB.SH Mittelstandssicherungsfonds

Der IB.SH Mittelstandssicherungsfonds soll Hotel-, Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe unterstützen, die unmittelbar im Sinne der Landesverordnung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Schleswig-Holstein vom 23.03.2020 durch staatliche Verordnung im Zuge der Corona-Krise in einen Liquiditätsengpass geraten sind.

[Weitere Informationen](#)

NEU:

- Der IB.SH Mittelstandssicherungsfonds wurde bis zum 31.12.2021 verlängert. Die Antragsfrist endet somit am 15.12.2021.

Wer wird gefördert?

- Betreiber von Beherbergungsstätten, Campingplätzen, Wohnmobilstellplätzen, Yacht- und Sportboothäfen, soweit sie als Beherbergungsbetrieb agieren.
- Gewerbliche und private Vermieter von Ferienwohnungen und -häusern und vergleichbaren Angeboten, welche zu touristischen Zwecken beherbergen.
- Einrichtungen zur Beherbergung von Kindern und Jugendlichen wie insbesondere Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendbildungseinrichtungen, Jugendherbergen, Schullandheime, Ferienlager und Jugendzeltlager.
- Gaststätten im Sinne des § 1 des Gaststättengesetzes.
- Die Förderung richtet sich an Haupterwerbsbetriebe (kein Nebenerwerb) und private Vermieter, deren Haupteinnahmequelle die Vermietung von Ferienwohnungen und -häusern für touristische Zwecke ist (Details hierzu finden Sie in den [FAQs](#)).
- Die Förderung ist auf Betriebsstätten in Schleswig-Holstein ausgerichtet.

Rechtlich eigenständige Betriebsstätten / Betreibergesellschaften in Schleswig-Holstein sind getrennt voneinander antragsberechtigt (jedoch sind Unternehmensverbände im Sinne des Beihilferechts zu beachten).

Wie wird gefördert?

- Darlehen ab 15.000 Euro bis 750.000 Euro (max. 25 % vom Umsatz des Jahres 2019 von schleswig-holsteinischen Betriebsstätten).
- Zinssatz: Zinslos für die ersten 5 Jahre.
- Laufzeit: 5 Jahre mit anschließender optionaler Anschlussfinanzierung für weitere 7 Jahre (Gesamtlaufzeit 12 Jahre).
- Eine mögliche Anschlussfinanzierung erfolgt zu den dann geltenden Konditionen.
- Tilgungsfrei für 2 Jahre, anschließend monatliche Tilgung mit 10-jährigem Tilgungsprofil.
- Unbesichertes Darlehen der IB.SH.
- Die Hausbank muss sich mit einem zusätzlichen Darlehen in Höhe von 10 % (Basis Förderdarlehen der IB.SH) an der Finanzierung mit mind. gleicher Laufzeit, 2 tilgungsfreien Jahren und 10-jährigem Tilgungsprofil beteiligen. Bei Darlehensbeträgen bis 50.000 Euro kann die Beteiligung auch durch die Bereitstellung von kurzfristigen Betriebsmittelkrediten erfolgen. Das Darlehen der Hausbank kann besichert werden und ist marktüblich zu verzinsen.

Was ist noch wichtig?

- Die IB.SH vergibt mit diesem Programm Beihilfen unter Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen.
- In Abhängigkeit der letzten Bonitätseinschätzung der Hausbank und bereits gewährter De-minimis-Beihilfen für das Unternehmen kann das zugesagte Darlehen von der beantragten Höhe abweichen. Einen ersten Überblick bietet die Anlage „[Orientierungshilfe De-minimis-Beihilfe](#)“.
- Private Vermieter sind Verbraucher und daher bei Verträgen, die als Fernabsatzvertrag (etwa per E-Mail) geschlossen werden, über den Darlehensgeber und wesentliche Merkmale des Darlehensvertrages vorvertraglich zu unterrichten. In diesem Zusammenhang sind die privaten Vermieter auch über das ihnen zustehende Widerrufsrecht zu informieren.

- Anträge auf Gewährung eines Förderdarlehens können bis zum 15.12.2021 (Antragseingang IB.SH) gestellt werden.

Wie ist der Weg zur Förderung?

- Antragstellung nur über die Hausbank an die IB.SH.
- Die Hausbank sendet den Antrag an die zentrale E-Mail-Adresse mittelstandssicherungsfonds@ib-sh.de.
- Von Unternehmen oder privaten Vermietern direkt bei der IB.SH eingereichte Anträge können leider nicht bearbeitet werden und werden daher unmittelbar zurückgeschickt.
- Antragsunterlagen und weitere Informationen sind [hier](#) zu finden
- Antragsteller, die bereits eine Förderung aus dem IB.SH Mittelstandssicherungsfonds erhalten haben, können über ihre Hausbank einen zweiten Antrag stellen. Für die summierte Darlehenshöhe der beiden Anträge gilt die Betragshöchstgrenze von 750.000 Euro (max. 25 % vom Jahresumsatz des Jahres 2019 von schleswig-holsteinischen Betriebsstätten). Der Mindestdarlehensbetrag für den Zweitantrag beträgt ebenfalls 15.000 Euro.

Ansprechpartner für Hausbanken:

Anliegen sind am einfachsten mit den Kontaktdaten (Name, Telefon, E-Mail-Adresse) an Mathis Teßmer zu senden, kommissarischer Leiter Firmenkunden Finanzierung (E-Mail: mathis.tessmer@ib-sh.de). Alternativ können gerne die bewährten Ansprechpartner im Bereich Firmenkunden der IB.SH direkt angesprochen werden.

Ansprechpartner für Unternehmen und private Vermieter:

Anliegen sind am einfachsten mit den Kontaktdaten (Name, Telefon, E-Mail-Adresse) an foerderlotse@ib-sh.de zu senden. Alternativ ist eine direkte Kontaktaufnahme mit den [Ansprechpartnern der Förderlotsen](#) möglich.

(Weitere Informationen, FAQs und Formulare als Downloads [hier](#))

IB.SH Härtefallfonds Mittelstand

Der IB.SH Härtefallfonds Mittelstand soll hauptberufliche, private Unternehmen unterstützen, die im Zuge der Corona-Krise in einen Liquiditätsengpass geraten sind oder einen solchen erwarten. Dabei werden nur durch die Corona-Krise bedingte, im Zuge von realisierten bzw. erwarteten Umsatzausfällen zusätzliche Liquiditätsengpässe / Betriebsmittelbedarfe gefördert. Diese sind bzw. werden nicht durch bereits gewährte bzw. ausgezahlte Fördermittel im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gedeckt.

NEU:

- Der IB.SH Härtefallfonds Mittelstand wurde bis zum 31.12.2021 verlängert. Die Antragsfrist endet somit am 15.12.2021.
- Um den Bedürfnissen der betroffenen Unternehmen Rechnung zu tragen, wurden die Härtefallvoraussetzungen um ein zusätzliches Kriterium zum Umsatzausfall ergänzt.

Wer wird gefördert?

- Hauptberufliche, private Unternehmen mit Sitz und/oder Betriebsstätten in Schleswig-Holstein, die durch die Corona-Krise im 2. Halbjahr 2020 im Vergleich zum 2. Halbjahr 2019, im 1. Halbjahr 2021 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2019 oder im 2. Halbjahr 2021 im Vergleich zum 2. Halbjahr 2019 (-neu-) einen Umsatzausfall von mind. 50 % aufweisen bzw. erwarten. Bei Start-up-Unternehmen und Existenzgründungen (Gründung vor dem 1. April 2020), die in 2019 bzw. 2020 noch keine Ist-Umsätze erzielt haben, sind zur Ermittlung des Umsatzausfalls die ursprünglich plausibilisierten Planumsätze für das 1. bzw. 2. (-neu-) Halbjahr 2021 mit den aktuell zu erwartenden Umsätzen des 1. bzw. 2. (-neu-) Halbjahrs 2021 zu vergleichen. Alternativ muss der realisierte Umsatzausfall mind. 30 % in den Monaten November 2020 bis Januar 2021 im Vergleich zu den Monaten November 2019 bis Januar 2020 oder mind. 50 % in einem der Monate November 2020, Dezember 2020 oder Januar 2021 im Vergleich zum korrespondierenden Vorjahresmonat betragen.
- Nicht gefördert werden Unternehmen, die in der Fischerei, der Aquakultur oder in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig sind. Ebenso werden exportbezogene

Tätigkeiten nicht gefördert. Für den gewerblichen Straßengüterverkehr bestehen eingeschränkte Fördermöglichkeiten.

- Die Förderung ist auf Betriebsstätten in Schleswig-Holstein ausgerichtet

Rechtlich eigenständige Betriebsstätten / Betreibergesellschaften in Schleswig-Holstein sind getrennt voneinander antragsberechtigt (jedoch sind Unternehmensverbände im Sinne des Beihilferechts zu beachten).

Wie wird gefördert?

- Darlehen ab 15.000 Euro bis 750.000 Euro (max. 25 % vom Umsatz des Jahres 2019 von schleswig-holsteinischen Betriebsstätten).
- Zinssatz: Zinslos für die ersten fünf Jahre.
- Laufzeit: fünf Jahre mit anschließender optionaler Anschlussfinanzierung für weitere sieben Jahre (Gesamtlaufzeit zwölf Jahre).
- Eine mögliche Anschlussfinanzierung erfolgt zu den dann geltenden Konditionen.
- Tilgungsfrei für zwei Jahre, anschließend monatliche Tilgung mit zehnjährigem Tilgungsprofil.
- Unbesichertes Darlehen der IB.SH.
- Die Hausbank muss sich mit einem zusätzlichen Darlehen in Höhe von 10 % (Basis Förderdarlehen der IB.SH) an der Finanzierung mit mind. gleicher Laufzeit, zwei tilgungsfreien Jahren und zehnjährigem Tilgungsprofil beteiligen. Das Darlehen der Hausbank kann besichert werden und ist marktüblich zu verzinsen. Bei Förderdarlehen bis 50.000 Euro kann der Hausbankenbeitrag auch durch die Bereitstellung von kurzfristigen Betriebsmittelkrediten erfolgen.

Was ist noch wichtig?

- Die IB.SH vergibt mit diesem Programm Beihilfen unter Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen.
- In Abhängigkeit der letzten Bonitätseinschätzung der Hausbank und bereits gewährter De-minimis-Beihilfen für das Unternehmen kann das zugesagte Darlehen von der beantragten Höhe abweichen. Einen ersten Überblick bietet die Anlage „[Orientierungshilfe De-minimis-Beihilfe](#)“.
- Das Unternehmen verpflichtet sich, auf Gewinn- und Dividendenausschüttungen (letztere nur, soweit gesetzlich nicht vorgeschrieben) sowie die Gewährung von Darlehen an Gesellschafter ebenso wie die Rückführung von Gesellschafterdarlehen ab dem Zeitpunkt der Antragstellung während der Laufzeit dieses Darlehens zu verzichten; ausgenommen hiervon sind marktübliche Vergütungen (einschließlich Gratifikationen, geldwerter Vorteile und sonstiger, auch gewinnabhängiger Vergütungsbestandteile) an Geschäftsführer und geschäftsführende Gesellschafter.
- Das Unternehmen muss spätestens am 1. April 2020 gegründet worden sein, d. h. die Geschäftstätigkeit aufgenommen haben.
- Der IB.SH Härtefallfonds Mittelstand (Darlehen) ist Teil des Härtefallfonds Mittelstand, der auch ein Teilnehmungsprogramm der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) enthält. Es ist möglich, sowohl Mittel aus dem Darlehensprogramm als auch Mittel aus dem Teilnehmungsprogramm zu beantragen. Zur Programmsteuerung und zur Einhaltung der beihilferechtlichen Vorgaben erfolgt daher anlassbezogen ein Informationsaustausch zwischen der IB.SH und der MBG.
- Anträge auf Gewährung eines Förderdarlehens können bis zum 15.12.2021 (Antragseingang IB.SH) gestellt werden.

Der Weg zur Förderung

- Die Antragstellung kann nur über die Hausbank an die IB.SH erfolgen.
- Die Hausbank bestätigt und plausibilisiert den realisierten bzw. erwarteten Umsatzausfall von mind. 50 % für die Monate Juli bis Dezember 2020 im Vergleich zum 2. Halbjahr 2019, für die Monate Januar bis Juni 2021 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2019 oder für die Monate Juli bis Dezember 2021 im Vergleich zum 2. Halbjahr 2019. Sie bestätigt und plausibilisiert alternativ den realisierten Umsatzausfall von mind. 30 % für die Monate November 2020 bis Januar 2021 im Vergleich zu den Monaten November 2019 bis Januar 2020 oder mind. 50 % in einem der

Monate November 2020, Dezember 2020 oder Januar 2021 im Vergleich zum korrespondierenden Vorjahresmonat. Ggf. bindet sie zu diesem Zwecke Steuerberater/Wirtschaftsprüfer ein.

- Die Hausbank sendet den Antrag an die zentrale E-Mail-Adresse haertefallfonds@ib-sh.de.
- Von Unternehmen direkt bei der IB.SH eingereichte Anträge können leider nicht bearbeitet werden und werden daher unmittelbar zurückgeschickt.
- [Hier](#) sind Antragsunterlagen und weitere Informationen zu finden.
- Antragsteller, die bereits eine Förderung aus dem IB.SH Härtefallfonds Mittelstand erhalten haben, können über ihre Hausbank einen zweiten Antrag stellen. Für die summierte Darlehenshöhe der beiden Anträge gilt die Betragshöchstgrenze von 750.000 Euro (max. 25 % vom Jahresumsatz des Jahres 2019 von schleswig-holsteinischen Betriebsstätten). Der Mindestdarlehensbetrag für den Zweitantrag beträgt ebenfalls 15.000 Euro.

Ansprechpartner für Hausbanken:

Anliegen sind am einfachsten mit den Kontaktdaten (Name, Telefon, E-Mail-Adresse) an Mathis Teßmer zu senden, kommissarischer Leiter Firmenkunden Finanzierung (E-Mail: mathis.tessmer@ib-sh.de). Alternativ können gerne die bewährten Ansprechpartner im Bereich Firmenkunden der IB.SH direkt angesprochen werden.

Ansprechpartner für Unternehmen:

Anliegen sind am einfachsten mit den Kontaktdaten (Name, Telefon, E-Mail-Adresse) an foerderlotse@ib-sh.de zu senden. Alternativ ist eine direkte Kontaktaufnahme mit den [Ansprechpartnern der Förderlotsen](#) möglich.

(Weitere Informationen, FAQs und Formulare als Downloads [hier](#))

Weitere Finanzierungs- und Förderangebote der IB.SH

Neben den hier aufgeführten Corona-spezifischen Förderdarlehen der IB.SH können weitere (nicht Corona-spezifische) Unterstützungsangebote der IB.SH für Sie interessant sein.

Mit dem [IB.SH Investitionsdarlehen Wirtschaft](#) oder dem IB.SH Betriebsmitteldarlehen finanziert die IB.SH gemeinsam mit Ihrer Hausbank Ihren Kapitalbedarf über sogenannte Konsortialdarlehen. Die IB.SH übernimmt hier bis zu 50 % des Fremdfinanzierungsbedarfes. Die Antragstellung erfolgt über die Hausbank.

Über den IB.SH Mittelstandskredit finanziert die IB.SH Existenzgründungen, Übernahmen und Festigungsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen mit einer Laufzeit von 2 bis 12 Jahren. Der Darlehensbetrag liegt zwischen 25.000 und 250.000 Euro und kann auch als Finanzierungsbaustein bei größeren Vorhaben eingesetzt werden. Der Zinssatz ist bonitätsabhängig und liegt derzeit bei 3,00 - 3,15 % p.a. Kreditsicherheiten sind i.d.R. nicht zu stellen. Der Antrag für den IB.SH Mittelstandskredit wird direkt bei der IB.SH per mail gestellt (mittelstandskredit@ib-sh.de)

Unternehmen können sich direkt durch die Förderlotsen der IB.SH neutral und unentgeltlich über Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten beraten lassen (Telefon: 0431 9905-3365, foerderlotse@ib-sh.de). Die IB.SH Förderlotsen beraten sowohl zu Corona-spezifischen Unterstützungsprogrammen als auch zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für alle anderen Vorhaben von Unternehmen, Gründungen und Unternehmensnachfolgen. Dies umfasst beispielsweise auch die Beratung über Zuschüsse für Investitionen, Maßnahmen der Energieeffizienz, Innovationen, Digitalisierung oder für Weiterbildungen. Die Förderlotsen stehen dabei in engem Austausch mit Partnern im schleswig-holsteinischen Fördernetzwerk wie dem Enterprise Europe Network Hamburg / Schleswig-Holstein, der MBG, der BB-SH und der WTSH (Beratungsangebot der IB.SH Förderlotsen [hier](#)).

(Informationen zum IB.SH Investitionsdarlehen Wirtschaft [hier](#))

(Informationen zum IB.SH Mittelstandskredit [hier](#))

Steuerliche Hilfen für betroffene Unternehmen

Aufgrund der durch das Corona-Virus verursachten schwierigen wirtschaftlichen Situation hat die Landesregierung steuerliche Maßnahmen zur Entlastung betroffener Unternehmen ergriffen, um deren Liquiditätssituation zu verbessern.

Steuerstundungen

Unmittelbar und erheblich betroffene Steuerpflichtige können bis zum 31. Dezember 2020 unter Darlegung ihrer Verhältnisse Anträge auf Stundung der bis zu diesem Zeitpunkt bereits fälligen oder fällig werdenden Steuern stellen. Die entstandenen Schäden müssen wertmäßig nicht im Einzelnen nachgewiesen werden. Auf die Erhebung von Stundungszinsen wird in diesen Fällen in der Regel verzichtet. Dies betrifft die Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz- und Gewerbesteuer.

Die Stundungsanträge zur Einkommen-, Körperschaft-, und Umsatzsteuer können formlos an das jeweils zuständige Finanzamt gerichtet werden. Anträge, die die Gewerbesteuer betreffen, werden an die zuständige Gemeinde gerichtet.

(Antragsformular für Steuererleichterungen aufgrund der Auswirkungen des Coronavirus [hier](#))

Anpassung von Vorauszahlungen

Vorauszahlungen zur Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer können auf Antrag herabgesetzt werden. Auch hierbei sind die entstandenen Schäden nicht wertmäßig im Einzelnen nachzuweisen.

Aussetzung von Vollstreckungsmaßnahmen

Unmittelbar und erheblich betroffene Steuerpflichtige können formlos bis zum 31. Dezember 2020 unter Darlegung ihrer Verhältnisse Anträge auf Einstweilige Aufhebung oder Beschränkung der Vollstreckung der bis zu diesem Zeitpunkt bereits fälligen oder fällig werdenden Steuern stellen. Säumniszuschläge, die in dieser Zeit gesetzlich anfallen, sollen erlassen werden. Dies betrifft die Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die Umsatzsteuer. [Weitere Informationen](#)

Redaktion:

Robin Schermer

(040) 6378 - 5120

Redaktionelle Gesamtverantwortung:

Michael Thomas Fröhlich

(040) 6378 - 5120 & (04331) 1420 - 43